

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

AKP-Staaten und EU schließen Visaabkommen

Die Europäische Union hat Ende Mai mit sieben Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten (AKP-Staaten) ein Einreiseabkommen geschlossen. Künftig dürfen Staatsbürger aus fünf Karibikstaaten sowie aus den Pazifikstaaten Vanuatu und Samoa bei einem Aufenthalt in Ländern der Europäischen Union von unter 90 Tagen ohne Visum einreisen. Der Vertrag über die visumsfreie Einreise für Touristen und Geschäftsreisende, die sich nicht länger als drei Monate in der EU aufhalten, wurde am 28. Mai 2015 in Brüssel von den diplomatischen Vertretern der entsprechenden Länder unterschrieben. (*Flash d'Océanie 05.06.15*)

Polynesier verabschieden Klima-Erklärung

Die *Polynesian Leaders Group* hat bei ihrem diesjährigen Gipfeltreffen Mitte Juli in Tahiti (Französisch-Polynesien) die Erklärung „Polynesia against climate threat“ verabschiedet. Unter Vorsitz von Toke Talagi, dem Premierminister von Niue, verfassten die acht Staatshäupter der polynesischen Staaten eine Erklärung, in der sie auf die Bedrohung ihrer Inseln durch die Folgen des globalen Klimawandels aufmerksam machen. Die Erklärung soll bei der Klimakonferenz der Vereinten Nationen Anfang Dezember in Paris vorgelegt werden.

Info: Die *Polynesian Leaders Group* gründete sich 2012 auf Rarotonga. Die Vertreter der acht Mitgliedsstaaten innerhalb des polynesischen Dreiecks treffen sich alle zwei Jahre, um gemeinsame Anliegen zu besprechen. Zur Gruppe gehören derzeit: US-Samoa, Samoa, Niue, Tonga, die Cook-Inseln, Französisch-Polynesien, Tokelau und Tuvalu. Die Gruppe versteht sich als

Pendant zur *Melanesian Spearhead Group*. (*Radio NZ Intern. 16.07.15*)

„Moresby Declaration“ vorgelegt

Ein neuer Zusammenschluss verschiedener pazifischer Nichtregierungsorganisationen (u.a. Greenpeace, 350.org, Oxfam, PIANGO), das *Pacific Islands Climate Action Network* (PICAN), hat beim *Pacific Islands Forum Secretariat* einen Forderungskatalog eingereicht mit der Bitte, diesen beim Gipfeltreffen des *Pacific Islands Forum* Anfang September in Port Moresby (Papua-Neuguinea) vorzulegen. In der so genannten *Moresby Declaration* fordert PICAN die Begrenzung der globalen Erwärmung auf unter 1,5 Grad Celsius. Außerdem fordert die Organisation zusätzliche Gelder, um Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des globalen Klimawandels finanzieren zu können. Die *Moresby Declaration* soll auch bei der Weltklimakonferenz in Paris Eingang finden, so PICANs Wunsch. (*Korrespondenz mit Greenpeace, Radio NZ Intern. 24.06.15*)

Zusammenarbeit der Kleinbauern

Kleinbauern aus Vanuatu, den Salomonen, Tonga und Fidschi haben sich auf Initiative des vanuatischen Landwirtes Graham Daniels zu einer Interessensgemeinschaft zusammengeschlossen. Mit Unterstützung des Entwicklungshilfeprogramms der Vereinten Nationen tauschen sich die Bauern in dem Netzwerk über Anbau- und Erntemethoden aus. Dabei wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Züchtung von Nahrungsmittelpflanzen gelegt, die den Folgen des Klimawandels besser trotzen können. Die Bauern experimentieren mit der Kreuzung von Pflanzen, um diese resistenter gegen Salzwasser zu machen. In die Süßwasserlinse eindringendes salziges Meerwasser gefährdet die Nah-

rungsmittelsicherheit auf den niedrig gelegenen Atollen im Pazifik.

Auf den pazifischen Inseln, die sich an dem Kleinbauern-Netzwerk beteiligen, sind Anlaufstellen für die Bauern eingerichtet worden. In diesen landwirtschaftlichen Büros können sich die Bauern zum direkten Erfahrungsaustausch treffen. Ein großer Teil des Wissensaustausches erfolgt auch über das Internet. (*Radio Australia 03.08.15*)

Zu wenige Polizistinnen

Es gibt zu wenige Polizistinnen auf den pazifischen Inseln. Das ist das Ergebnis einer Konferenz der im Jahr 2003 gegründeten Organisation *Pacific Islands Chiefs of Police - Womens Advisory Network* (PICP WAN). Bei der zwölften einwöchigen Mitgliederversammlung des Netzwerkes von hochrangigen Polizisten im neuseeländischen Wellington beklagten Vertreter aus 21 pazifischen Inselstaaten die geringe Anzahl von weiblichen Polizisten im Staatsdienst. Als Ausnahme gilt Niue, wo 42 % aller Polizisten Frauen sind. In den Föderierten Staaten von Mikronesien dagegen liegt der Anteil weiblicher Führungskräfte im Polizeiwesen bei unter 3 %.

Karen Henrikson, Polizeiinspektorin des neuseeländischen Gastgebers *New Zealand Police*, erklärte, dass weibliche Polizisten in vielen pazifischen Staaten diskriminiert und nicht ernst genommen würden. Die Geringschätzung von Polizistinnen verhindere so auch einen Karriereaufstieg im Polizeiapparat. In einigen Staaten dürften Polizistinnen in Ausübung ihres Dienstes noch nicht einmal einen Dienstwagen der Polizei lenken, kritisierte Henrikson. (<http://www.police.govt.nz/news/release/nz-police-host-pacific-islands-chiefs-police-picp-womens-advisory-network-wan>)

† Dr. Nancy Sullivan

Die 57-jährige amerikanische Ethnologin und Aktivistin Dr. Nancy Sullivan starb am 19. Juli in New York bei einem Autounfall. Im Auto saßen drei ihrer neuguineischen (adoptierten) Enkelkinder im Alter von 5, 8 und zehn Jahren, die schwerverletzt überlebten. Ebenfalls verletzt bei dem Unfall wurde die 43-jährige Skudy Bangan aus Papua-Neuguinea, eine langjährige Assistentin der Forscherin.

Dr. Nancy Sullivan lebte seit 23 Jahren in Papua-Neuguinea. Sie betrieb in Madang eine Beratungsfirma für Ethnologen. Die studierte Ethnologin setzte sich besonders für den Erhalt der Karawari Caves in der Region East Sepik ein. Des Weiteren forschte sie seit langem zu den Thunfischbeständen im Pazifischen Ozean. In diesem Metier hatte sie sich auch international mit diversen Publikationen eine gute Reputation verschafft. Sullivan galt als erklärte Gegnerin der *Marine Industrial Zone* in Madang. (*The National* 20.07.15, <http://www.voiceofmelanesia.com/>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Dürre und Frost durch El Niño

Das Klimaphänomen El Niño sorgt derzeit für Dürre und Frost in Papua-Neuguinea. Nach Angaben des nationalen Katastropheneinsatzkomitees der Regierung sind über eine Million Menschen von den Folgen betroffen. Allein in der Provinz Enga erleben circa 300.000 Bewohner den schlimmsten Frost seit 40 Jahren. Hinzu kommt fehlender Niederschlag. Die Bewohner der am schlimmsten betroffenen Dörfer wurden in tiefer gelegene Regionen evakuiert, wo sie mit Decken,

Zelten und Hilfsgütern versorgt werden. Schulen wurden aufgrund des akuten Trinkwassermangels geschlossen. Studenten an Hochschulen baten um die Schließung ihrer Seminare, weil sie im Unterricht froren. Gärten verdorren und Nahrungspflanzen erfrieren, so dass die Hochlandregionen sowie die Provinzen Morobe und Manus von einer Hungerkrise bedroht sind. Der Gouverneur der Provinz Southern Highlands, William Powi, sah sich Mitte August gezwungen, den nationalen Notstand auszurufen. Auch die Provinz Enga erklärte sich zum Notstandsgebiet.

Info: El Niño ist eine Klimaanomalie, die sich hauptsächlich im Pazifikraum zwischen der Westküste Südamerikas und dem südostasiatischen Raum ereignet. Hier kommt es seit mehr als 150 Jahren in zwei bis siebenjährigen Abständen zu Umkehrungen der normalen Wittersituation. Normalerweise pressen Passatwinde das Wasser des Pazifiks von Osten nach Westen; vor den Philippinen steht der Meeresspiegel deshalb knapp einen Meter höher als vor Chile. Im Westen ist der Ozean dann etwa acht Grad wärmer. Vor Südamerika aber wird der Weg frei für kühles nährstoffreiches Wasser aus der Tiefe, es quillt an die Oberfläche und sorgt für Fischreichtum.

Bei einem El Niño flauen die Passatwinde ab, so dass das warme Wasser aus Asien zurückschwapp und sich wie ein Deckel auf das nahrungsreiche Tiefenwasser legt. Vor Südamerika bleiben folglich die Fischschwärme aus, daraufhin verhungern Seevögel und Robben zu Abertausenden; auch die Fischerei leidet. Die veränderten Meerestemperaturen sorgen dafür, dass sich Regengebiete verlagern: Dürren drohen im Westen des Pazifiks, wo nun weniger feuchtwarme Luft aufsteigt, um Regenwolken zu bilden. Die Ernte wird knapper. Das dürregeplagte Kalifornien und andere Regionen im Osten des Ozeans hingegen können bei El Niño mit mehr Nie-

derschlag rechnen.

An den Küsten Neuseelands messen Wissenschaftler aktuell einen Anstieg der Meerestemperatur um 3 bis maximal 5 Grad Celsius. Frostschäden und Dürre werden auch aus den höher gelegenen Regionen auf den Salomonen, Vanuatu und Tonga gemeldet. (*Post-Courier* 18.08.15, *The National* 24.08.15, <http://www.elnino.info/>, *Spiegel online* 13.03.15, *Radio NZ Intern* 24.08.15, <https://www.care.org.au/news/el-nino-conditions-threaten-food-security-papua-new-guinea/>)

Unabhängigkeitsjubiläum

Am 16. September 1975 feiert Papua-Neuguinea den 40. Jahrestag der Unabhängigkeit von Australien. Die größte Jubiläumsfeier steigt dabei in der Hauptstadt Port Moresby, doch auch in den Provinzstädten Mount Hagen, Lae und Kokopo (Insel Neubritannien) sind Feiern geplant. Die Regierung stellt dazu ein Budget von 25 Millionen Kina zur Verfügung. Die drei genannten Städte bekommen jeweils 500.000 Kina für ihre örtlichen Feste. Parlamentarier und Gouverneure der einzelnen Provinzen erhalten ebenso ein Budget zur Ausrichtung von Feiern in ihren Wahlbezirken.

Die Feier in Port Moresby wird von einer professionellen Event-Managerin und deren Firma *The Creative Management* organisiert. Michelle Monsour sagte, sie habe eigentlich als Stargast die US-amerikanische Sängerin und Schauspielerin Jennifer Lopez nach Port Moresby einladen wollen, doch Premierminister Peter O'Neill habe dies aus Kostengründen nicht genehmigt und stattdessen regionale Bands und Sänger eingeladen. Auf Anweisung des Premiers wolle man so viele lokale Ressourcen wie möglich nutzen, erklärte die Event-Managerin. Einzig das für den Abend geplante Feuerwerk werde man aus China importieren, hieß es. (*Post-Courier* 20.08.15)

Entwicklungshilfe für SIDS

Papua-Neuguinea wird in den nächsten fünf Jahren die pazifischen Mitgliedsstaaten der *Small Island Developing States* (SIDS) mit 150 Millionen US-Dollar Entwicklungshilfe unterstützen. Das gab der neuguineische Außenminister Rimbink Pato bei einer Veranstaltung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zum Thema „Frieden und Sicherheit in den SIDS-Staaten“ bekannt. Mit den Geldern sollen in den Pazifikstaaten Projekte in den Bereichen Bildung, Erziehung, Infrastruktur und Klimawandelfolgen finanziert werden. Papua-Neuguinea werde dazu ein eigenes Projektbüro einrichten, erklärte Pato. Das Büro werde dafür zuständig sein, die kleinen Inselstaaten bei der Verwendung der neuguineischen Entwicklungshilfegelder zu unterstützen, erklärte der Außenminister. (*Post-Courier* 07.08.15)

US-Gelder für Frauen

Der für Ostasien und den Pazifik zuständige amerikanische Staatssekretär Daniel Russel hat bei einem Besuch in Papua-Neuguinea Anfang Juli der Regierung 1,8 Millionen US-Dollar für Frauenprojekte („Empowerment of Women“) zugesagt. Bei seinen Gesprächen mit Vertretern des neuguineischen Parlaments betonte Russel die uneingeschränkte Bereitschaft Amerikas, Papua-Neuguinea weiter zu unterstützen. Man betrachte den seit 1975 unabhängigen Staat als Bindeglied zwischen den asiatischen Tiger-Staaten und den kleineren pazifischen Inselstaaten, so der Staatssekretär. Mit den zusätzlichen Geldern wolle Amerika vor allem Frauen ermutigen, sich stärker wirtschaftlich zu engagieren. Frauen sollten die Möglichkeit erhalten, sich in verschiedenen Berufszweigen selbständig zu machen, forderte Russel. Dazu werde Amerika auch ein so genanntes „Gründerzentrum“ nur für Frauen einrichten, erklärte der Staatssekretär. Außerdem wolle

man sich dafür einsetzen, Wirtschaftslehre als verpflichtendes Studienfach an der Universität in Port Moresby einzuführen. (*Post-Courier* 07.07.15)

Einsatz für Kinderrechte

Mit 73 zu 0 Stimmen hat das neuguineische Parlament Anfang Juli das „Lukautim Pikinini“-Gesetz verabschiedet (dt. Schaut nach den Kindern). Das Gesetz sichert Kindern und Jugendlichen die staatliche Fürsorge in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Ernährung zu. Es schützt Kinder vor (sexuellen) Übergriffen und ermahnt Erziehungsberechtigte zum sorgsamem Umgang mit ihnen anvertrauten Kindern. Das neue Gesetz enthält Ergänzungen und Aktualisierungen zum *Lukautim Pikinini Act* aus dem Jahr 2009.

Für die Neuerung eingesetzt hatte sich vor allem die Ministerin für Jugend und Gemeindeentwicklung, Delilah Gore. Sie erklärte, die Regierung habe in der Vergangenheit bereits viel für das Wohl von Kindern getan. So sei die Gesundheitsfürsorge für Kinder kostenlos. Auch Schulgebühren für die ersten Jahre würden seit knapp zwei Jahren nicht mehr erhoben, betonte die Ministerin, die auch für das Ressort Religion verantwortlich zeichnet. (*The National* 09.06.15)

Schlechte Impfrate bei Kleinkindern

In den vergangenen sechs Jahren ist die Impfrate bei Kleinkindern unter einem Jahr drastisch gesunken. Wurden im Jahr 2009 noch 55 % aller Kinder gegen Kinderkrankheiten geimpft, waren es in diesem Jahr nur noch 42 %. Diese alarmierenden Zahlen legte der neuguineische Gesundheitsminister Pascoe Kase Anfang Mai im Rahmen einer Pressekonferenz vor. Das Gesundheitsministerium hatte zur Pressekonferenz eingeladen, um zwei nun neu in

PNG verfügbare Impfungen vorzustellen, eine gegen Masern und eine gegen Kinderlähmung (Polio).

Mit einer Impfquote von nur 42 % liegt Papua-Neuguinea weit unter dem Durchschnitt der Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation WHO. Diese fordert einen Impferfolg von 80 % aller unter Einjährigen. Der neuguineischen Regierung ist es trotz des *Expanded Program on Immunisation* (EPI) im *National Health Plan 2011-2020* nicht gelungen, die Impfquote zu steigern. Unter dem Impfmangel leiden vor allem Kinder in den entlegenen Regionen des Hochlandes sowie in der Region rund um Mamose. Das Problem liegt u.a. in der mangelhaften und unzuverlässigen Stromversorgung von Aid-Posts in den Dörfern. Die meisten Impfstoffe müssen kühl gelagert werden, die Kühlkette darf dabei auch zum Transport nicht unterbrochen werden. Die Impfstoffe gelangen meist gar nicht oder ungekühlt in die infrastrukturell wenig erschlossenen Gebiete des Staates. (*Post-Courier* 04.08.15, <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/countryregion/papua-new-guinea>)

BOUGAINVILLE

John Momis ist erneut Präsident

John Momis ist der neue-alte Präsident der autonomen Region Bougainville. Er konnte sich mit 51.382 Stimmen gegen seinen Konkurrenten Ismael Toroama durchsetzen. Dieser bekam nur 18.466 Stimmen. Vize-Präsident wurde Patrick Nisira, ein ehemaliger Kombattant der Bougainville Revolutionary Army.

Momis ist bereits seit fünf Jahren im Amt und hat nun die zweite fünfjährige Legislaturperiode vor sich. Die deutliche Mehrheit der Stimmen ist ein Signal der Bevölkerung, die auf politische Kontinuität setzte angesichts des Referendums über den künftigen poli-

tischen Status Bougainvilles im Jahr 2019.

Info: Zu den Wahlen Mitte Mai waren 342 Kandidaten angetreten, darunter nur elf Frauen. Sie ließen sich für die 33 Sitze im Parlament aufstellen. Erstmals wurde eine Frau direkt nach Stimmen ins Parlament gewählt, die ehemalige Lehrerin Josephine Getsi. (*ABC* 03.06.15, *Radio Australia* 08.06.15, *Post-Courier* 16.06.15)

SALOMONEN

Britische Orden für 13 Menschen

13 Menschen aus den Salomonen sind in diesem Jahr von der britischen Königin Elisabeth II. geehrt worden. Mit dem „Order of the British Empire“ (OBE) wurden ausgezeichnet:

Bischof Richard Parcel Naramana für seine Verdienste um Bildung, Erziehung und das Sozialwesen.
Steven Firibaea für seinen Einsatz im Dienst der Polizei.
Walter Folotalu für seinen Einsatz für die nationale Sicherheit.
Emmanuel Kouhota für Verdienste um die Einwanderungspolitik der Salomonen.

Moses Ramo für seinen Einsatz für die Wahrung der Menschenrechte.
Pfarrer Nathan Tome für seinen Einsatz für dörfliche Entwicklung sowie Frau Moddie Nanau von der *Solomons Islands Broadcasting Association* für ihr langjähriges Engagement für den Hörfunk.

Weitere sechs Personen erhielten die britische Verdienstmedaille „British Empire Medal“.

(<http://www.sibconline.com.sb/13-named-2015-queens-honours-awards/>)

Gehaltslisten aktualisiert

Die Regierung der Salomonen hat eine landesweite Studie durchgeführt und dabei kontrolliert, ob die auf der regierungseigenen Gehaltsliste genannten

Personen überhaupt noch in ihren Jobs arbeiten. Unter Leitung eines Staatssekretärs des Bildungsministeriums wurden dabei vor allem Schulen und Bildungseinrichtungen auf dem Land kontrolliert. Dabei stellten die Kontrolleure fest, dass 50 Lehrer und Lehrerinnen auf der Gehaltsliste der Regierung nicht mehr in ihren Positionen anzutreffen waren. Mattias Kutai, Leiter der Abteilung Bildung im Ministerium, erklärte, man habe diese Personen nun von der Gehaltsliste gestrichen. Es sei im ländlichen Raum extrem schwierig, zu kontrollieren, ob Lehrer wirklich arbeiteten. Derzeit plane die Regierung eine umfassende Reform des Bildungswesens auf den Salomonen, erklärte Kutai weiter. (*Radio NZ Intern*. 21.07.15)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen vom Vorstandsvorsitzenden des Pazifik-Netzwerkes, Oliver Hasenkamp, Berlin.]

Polizei geht gegen Separatisten-Bewegungen vor – geheimes militärisches Training aufgedeckt

Fidschi geht verstärkt gegen Anhänger einer Separatistenbewegung vor. Wie in der letzten Ausgabe der *Pazifik aktuell* berichtet, hatten Aktivisten in den Provinzen Ra und Nadroga-Navosa zwei so genannte souveräne christliche Staaten ausgerufen, deren Abspaltung von Fidschi sie forderten. Inzwischen sind weitere Einzelheiten zu den Vorgängen bekannt und die Polizei hat bei mehreren großangelegten Razzien zahlreiche Menschen verhaftet. Weiter dramatisch zugespitzt hat sich die Lage Anfang August, als Anwohner von einem geheimen Training im militärischen Stil, das von einem ehemaligen fidschianischen Angehörigen der britischen Armee durchgeführt worden sein soll, in der Provinz Ra berichtet hatten. Das Training wurde umgehend aufgelöst, seitdem geht die Regierung aber von der Be-

reitschaft zu bewaffneten Aktionen einiger der Anhänger der Abspaltungsbewegung aus und sucht nach möglichen Waffenverstecken. Die Polizei überwacht auch die Küste, um mögliche von See kommende Waffenlieferungen zu unterbinden. Ende August wurden 140 Soldaten in der betroffenen Region stationiert, die bei der Suche nach Waffen und der Stabilisierung der Region helfen sollten. Berichten zur Folge sollen zwei als Landwirtschaftsberater getarnte Angehörige der Armee bereits zuvor in der Region aktiv gewesen sein, um Aktivistenkreise zu unterlaufen. Sie berichteten davon, dass es bereits über einen Zeitraum von 3 Monaten geheime Trainings für etwa 20 Aufständische in den Yaqara Hills gegeben habe und dabei zumindest Nachbildungen echter Waffen genutzt worden seien. Die Provinzen Ra (im Nordosten) und Nadroga-Navosa (im Süden zwischen Nadi und Suva) gehören beide zur Verwaltungseinheit der „Western Division“ auf Fidschis Hauptinsel Viti Levu.

Die fidschianische Staatsanwaltschaft hat bis Ende August Anklage gegen insgesamt 68 Personen erhoben, denen aufrührerische Aktivitäten und teilweise auch die mögliche Vorbereitung von Gewalttaten vorgeworfen wird. Fidschis Generalstaatsanwalt Christopher Pryde betonte jedoch, dass es bei den meisten der Angeklagten keine Hinweise auf Verbindungen zu dem geheimen para-militärischen Training gebe. Verteidiger der Angeklagten werfen Polizei und Regierung vor, dass viele der Angeklagten ohne erkennbaren Grund länger als die erlaubten 48 Stunden festgehalten wurden, bevor sie einem Gericht vorgeführt wurden. Ein Verteidiger, der mehr als 20 der Angeklagten vertritt, sagte in einem Interview mit dem Radiosender Radio New Zealand International, es sei sehr schwierig, für die Angeklagten Gerechtigkeit zu erwirken. Trotz der großen Zahl der Verhaftungen ist weiterhin davon auszugehen, dass es sich

um Einzeltäter handelt, die weder die Unterstützung der Provinzregierungen noch lokaler Räte oder Häuptlingsfamilien genießen. Diese haben seit Aufdeckung der Aktivitäten stets ihre Loyalität zur Regierung beteuert. Auch die Regierung spricht davon, dass die Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden und Regierungen ausgezeichnet sei. Viel diskutiert wurde in den fidschianischen Medien jedoch eine als "Rebellenflagge" bezeichnete Fahne der Bewegung, die tagelang auf dem Grundstück eines wichtigen, kurz zuvor verstorbenen ehemaligen Dorfvorstehers in der Region Nadroga-Navosa geweht haben soll, bevor Polizisten die Fahne schließlich abnahmen. Die Nachfahren des Mannes weigerten sich trotz der Aufforderung des lokalen Häuptlings, die Flagge, welche ein rotes Kreuz und eine aufgehende Sonne auf hellblauem Grund zeigte, abzunehmen.

Wie genau die Bewegung vernetzt ist, ist weiter unklar. Nach bisherigem Kenntnisstand ist allerdings eher von einer lockeren informellen Vernetzung radikaler Regierungsgegner ohne feste Strukturen auszugehen. Ursprünglich soll der erste Anstoß für die Ausrufung der zwei souveränen christlichen Staaten sogar von Exil-Fidschianern aus Australien gekommen sein (siehe letzte Ausgabe). Bei den Anhängern der Bewegung handelt es sich um *i-taukei* (indigene Fidschianer), die den Kurs der Regierung ablehnen, die sich um Aussöhnung zwischen *i-taukei* und indischstämmigen Fidschianern bemüht und versucht, eine gemeinsame fidschianische Identität zu beschwören. Die Regierung ist im September letzten Jahres mit großer Mehrheit gewählt worden, setzt sich im Wesentlichen aber aus denselben Mitgliedern zusammen, die seit 2006 bereits der militärischen Übergangsregierung angehört haben. Premierminister Voreqe Bainimarama sagte, man werde die Versuche, Instabilität im Land zu verbreiten, nicht tolerieren. Das Land habe lange genug unter einer radikalen Minder-

heit, die ihre eigenen Interessen ohne Rücksichtnahme auf andere Bevölkerungsgruppen durchsetzen wollte, gelitten. Daher werde man jeden Aufstand niederschlagen. Die Unterstützer der Separatistenbewegung wollen hingegen die langjährige politische Vormachtstellung der *i-taukei*, die in der Vergangenheit unter anderem durch Militärputsche (1987) und die versuchte Machtübernahme bewaffneter Gruppen (2000) gesichert worden ist, aufrecht erhalten und das Christentum als Staatsreligion festschreiben. Einige dieser Positionen werden auch von der größten fidschianischen Oppositionspartei SODELPA geteilt, weshalb immer wieder über Verbindungen der Partei zu der Bewegung spekuliert wird. Auch wenn einige Vertreter der Partei öffentlich Sympathien für die Bewegung geäußert haben, streitet die Partei offiziell jedoch ab, in irgendeiner Weise mit dieser zusammenzuarbeiten. (*Radio New Zealand International* 25.8.2015, 21.8.2015, 18.8.2015, 17.8.2015, 15.8.2015, 14.8.2015, 12.8.2015, *Fiji Sun* 22.8.2015, 20.8.2015, 19.8.2015, 17.8.2015, 15.8.2015, 14.8.2015, 12.8.2015, *ABC* 20.8.2015, 17.8.2015, *The Telegraph* 13.8.2015, *Fiji One* 13.8.2015)

Neue Flagge erst 2016

Wie in den vorhergegangenen Ausgaben der *Pazifik aktuell* berichtet, gibt es in Fidschi derzeit eine kontroverse Debatte über die Einführung einer neuen Nationalflagge. Ursprünglich war es der Wunsch der fidschianischen Regierung, dass die neue Flagge bereits zum Unabhängigkeitstag im Oktober gehisst werden sollte. Zumindes was den Zeitplan angeht, ist der fidschianische Premierminister Voreqe Bainimarama inzwischen zurückgerudert und hat am 30. Juni bekanntgegeben, dass die neue Flagge erst im kommenden Jahr festgelegt werden soll. Weiterhin festgehalten wird aber an dem Plan, dass das Parlament über einen vom Kabinett ausgesuchten Entwurf abstimmen soll, ohne dass es ein Referendum oder die Möglichkeit der Beibehaltung der bisherigen Flagge gibt. Das Kabinett soll da-

bei aus einer Liste von Entwürfen entscheiden, welche eine Expertenkommission aus den aus der Bevölkerung eingegangenen Einsendungen zusammenstellt. Im Juni hat die Kommission bereits eine erste Liste mit 23 Entwürfen aus den damals mehr als 2.000 eingegangenen Einsendungen erstellt. Im Internet kann man sich unter <http://www.newfijiflag.com> durch die Favoriten der Kommission klicken und diese auch bewerten. Neben dem Internet hat es im Laufe des Junis auch bereits Konsultationen in Städten und Dörfern gegeben, um Meinungen aus der Bevölkerung einzuholen. Nach der Bekanntgabe der Verschiebung des bisherigen Zeitplans können nun aber bis Ende des Jahres weitere Vorschläge an die Kommission gemacht werden. Die bisherigen Entwürfe ähneln sich allesamt und basieren auf dem bereits von der derzeitigen Flagge bekannten hellen Blautönen. Die Beibehaltung dieser Grundfarbe war eine der Vorgaben der Regierung. Die Opposition kritisiert diese Vorgaben und vor allem, dass es keine Möglichkeit geben soll, für die Beibehaltung der bisherigen Flagge zu votieren. Oppositionspolitiker hatten angekündigt, die neue Flagge nicht akzeptieren zu wollen und sogar bereit zu sein, für das weitere Hissen der bisherigen Flagge ins Gefängnis zu gehen. Inzwischen ist die öffentliche Debatte aber zumindest vorübergehend deutlich abgeklungen. (*Fiji Times* 1.7.2015, *Fijian Government* 30.6.2015, 6.7.2015, *Fiji One* 6.7.2015, www.newfijiflag.com, *Portland Flag Association*)

Militärchef tritt zurück

Nach nur 18 Monaten im Amt ist der Kommandeur des fidschianischen Militärs, Mosese Tikoitoga, Anfang August zurückgetreten. Er war Anfang 2014 Voreqe Bainimarama nachgefolgt, der die Position viele Jahre bekleidet hatte und das Land seit einem Militärputsch im Jahr 2006 auch als Übergangspräsident regiert hatte. Bainimarama hatte den

Posten vor den demokratischen Wahlen im vergangenen Jahr, aus denen er als gewählter Premierminister hervorgegangen ist, abgegeben. Wie Bainimarama bei einer Pressekonferenz vor hochrangigen Militärvertretern bekannt gab, an der Tikoitoga selbst nicht teilnahm, wird dieser nun als Botschafter in Südafrika gehandelt. Bis zur Ernennung eines Nachfolgers wurde vorübergehend Viliame Naupoto als geschäftsführender Kommandeur eingesetzt. Er hat in verschiedenen Funktionen als Minister unter Bainimarama gedient, bevor er in diesem Jahr als Stabschef zum Militär zurückgekehrt ist. Für die Rolle des Nachfolgers werden zwei Personen gehandelt. Eine Entscheidung für einen der Kandidaten soll fallen, wenn beide sich wieder in Fidschi aufhalten. Dabei handelt es sich um Ratu Jone Kalouniwai, der derzeit noch als Stabschef der UN-Mission UNDOF auf den Golan-Höhen an der Grenze zwischen Israel und Syrien eingesetzt ist, und den Kommandeur der Landstreitkräfte, Sitiveni Qiliho, der zum Zeitpunkt des Rücktritts den Verteidigungsminister bei einer Auslandsreise zu den fidschianischen Streitkräften im Nahen Osten begleitete.

Unklar ist, ob es hinter den Kulissen möglicherweise weitere Gründe für den Rücktritt gegeben haben könnte. Gemessen an der wichtigen Rolle des Militärs in der fidschianischen Politik in vergangenen Jahrzehnten dürfte der nun angekündigte diplomatische Posten eher eine Degradierung für Tikoitoga bedeuten. Dies könnte sowohl dafür sprechen, dass Bainimarama seinen Einfluss auf das Militär nicht abgeben möchte, als auch dafür, dass er versucht, die Macht des Militärs tatsächlich zu beschneiden - entweder, um seine eigene Position zu festigen, oder aber um seine Versprechen einer nachhaltigen Demokratisierung des Landes und der Verringerung des politischen Einflusses des Militärs umzusetzen. Dies könnte auch durch eine Verhinderung von zu großer Kontinuität

und somit Machtkonzentration im Militär geschehen. (*Radio New Zealand International* 1.8.2015, *Fiji Sun Online* 18.8.2015)

Streit in der Oppositionspartei SODELPA

Innerhalb der größten fidschianischen Oppositionspartei SODELPA kommt es derzeit zu parteiinternen Auseinandersetzungen. Die Parteivorsitzende und Oppositionsführerin Ro Teimumu Kepa sieht sich Rücktrittsforderungen ausgesetzt, nachdem sie sich mit dem Präsidenten der SODELPA-Partei und weiteren hochrangigen SODELPA-Politikern überworfen hat. Schon seit längerer Zeit werfen ihr parteiinterne Kritiker einen Mangel an politischer Strategie sowie unzureichende Transparenz in der Arbeit des von ihr geleiteten Oppositionsbüros vor. Entbrannt ist der Streit nun über einen geheimen internen Bericht, welcher der Tageszeitung *Fiji Sun* zugespielt wurde. Der Bericht ist unter einem Synonym verfasst und angeblich von gut informierten Parteimitgliedern geschrieben worden, die Einsicht in vertrauliche Dokumente und Unterlagen erhalten haben, darunter unter anderem Dokumente zu Entscheidungsprozessen und Bankdaten. Der Bericht soll zu einem vernichtenden Fazit zur Arbeit des Oppositionsbüros kommen und den Rücktritt von Ro Teimumu nahelegen. Während eine Gruppierung in der Partei Ro Teimumu unterstützt und die Bedeutung und Glaubwürdigkeit des Berichts in Frage stellt, fordern andere Mitglieder, die von dem Abgeordneten Mosese Bulitavo angeführt werden, eine umfangreiche und transparente Aufklärung zu den in dem Bericht erhobenen Vorwürfen. Bulitavo drohte inzwischen mit einem Rücktritt für den Fall, dass es keine Aufklärung geben sollte.

Insbesondere kommt der geheime Bericht zu dem Schluss, dass das Oppositionsbüro wichtige

Entscheidungen ohne Konsultation mit den eigentlich zuständigen Gremien der Partei getroffen habe. Diesen Vorwurf hatte bereits vor der Veröffentlichung des Berichts der Präsident der Partei, Ratu Naiqama Lalabalavu, in einem Schreiben an Ro Teimumu geäußert. Lalabalavu war erst im Juni zum neuen Präsidenten der Partei gewählt worden, nachdem sein Vorgänger im Frühjahr zurückgetreten war. Als Präsident ist er nicht primär für die politischen Alltagsgeschäfte zuständig, sondern übernimmt insbesondere repräsentative Funktionen und soll SODELPA auf die Wahl im Jahr 2018 vorbereiten. Für Aufsehen sorgte er bereits im Mai, als ihm das fidschianische Parlament mit der Mehrheit der Regierungspartei *FijiFirst* für zwei Jahre sein Rederecht im Parlament entzog, nachdem er den Parlamentspräsidenten beleidigt hatte. Die Entscheidung wurde von der Opposition, die daraufhin Sitzungen boykottierte, heftig kritisiert.

In seinem Schreiben an Ro Teimumu beklagt sich Lalabalavu insbesondere über die Reaktion des Oppositionsbüros auf den Rücktritt von Mosese Tikoitoga als Kommandeur des fidschianischen Militärs (siehe oben). Außerdem werden der Parteivorsitzenden auch die unabgesprochene Besetzung von Ausschussposten und Veröffentlichung von Erklärungen sowie die hohen Gehälter von Beschäftigten des Oppositionsbüros vorgeworfen. Auch der *Principal Administrative Officer* der Partei, Mick Beddoes, hat eine parteiinterne Beschwerde gegen Ro Teimumu eingereicht, über die der Parteivorstand noch befassen muss. Von 2002 bis 2004 und 2006 war Beddoes selbst zweimal Oppositionsführer, damals noch als Mitglied der inzwischen aufgelösten *United Peoples Party*. Er ist bekannt dafür, dass er inhaltlich andere Positionen als zahlreiche andere Führungskräfte der Partei vertritt. (*Fiji Sun* 19.8.2015, 17.8.2015, *Fiji Times* 28.6.2015, 27.7.2015, *Radio New Zealand International* 20.8.2015, 27.6.2015, 27.5.2015, *Fiji Broadcasting Corporation* 24.8.2015, 14.8.2015, *Wikipedia*)

Bainimarama entschuldigt sich bei Kanada-Reise bei indischstämmigen Fidschianern

Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama hat Anfang August Kanada besucht und sich bei Veranstaltungen mit in Kanada lebenden Fidschianern für Unterdrückung und Gewalt gegen indisch-stämmige Fidschianer in den vergangenen Jahrzehnten entschuldigt. Anlässlich der „Fiji Day Celebrations“ in Vancouver sagte Bainimarama, die Benachteiligung indisch-stämmiger Fidschianer, welche dazu geführt hätte, dass diese sich in ihrem eigenen Geburtsland nicht willkommen gefühlt hätten, sei die beschämendste Episode in der fidschianische Geschichte. Viele Fidschianer hätten sich ausgeschlossen und ungewollt in ihrem Heimatland gefühlt und seien in andere Länder wie Kanada ausgewandert, weil sie zu Fremden im eigenen Land geworden seien. Dies sei bis heute ein großer Verlust für Fidschi. Bainimarama bezeichnete die gegen indisch-stämmige Fidschianer gerichteten Militärputsche und die Gewalt in den Jahren 1987 und 2000, die zur Auswanderung zahlreicher indisch-stämmiger Fidschianer geführt hatten, als den dunkelsten Teil der Geschichte des Landes. Es handele sich um verlorene Jahre für Fidschi. Gleichzeitig seien die ausgewanderten Fidschianer für Kanada ein Segen und eine große Bereicherung gewesen. Ihr Erfolg dabei, sich in einem neuen Land niederzulassen, sei ein Triumph des fidschianischen Geistes. Er warb dafür, dass die ausgewanderten Fidschianer sich über noch in Fidschi lebende Familienangehörige und wirtschaftliche Aktivitäten weiterhin für ihr Heimatland einsetzen. Er bezeichnete das heutige Fidschi als ein „neues Fidschi“, in dem die Gleichheit aller Menschen sich nun in der Verfassung und in den Gesetzen widerspiegeln, in Schulen gelehrt und im Alltag gelebt würde. Gleichzeitig kritisierte er die Opposition, deren

Vertreter weiterhin der Meinung seien, der Begriff „Fidschianer“ müsse für die indigenen *i-taukei* vorbehalten bleiben. (*Fiji Sun* 8.8.2015, 10.8.2015)

Öffentliche Haushaltskonsultationen

Fidschi will erstmals öffentliche Konsultationen zu seinem Haushalt durchführen. Der von der Regierung ausgearbeitete Haushaltsplan für das Jahr 2016 solle nicht einfach vom Parlament abgestimmt werden, sondern zuvor ausgiebig mit der Bevölkerung diskutiert werden. Der stellvertretende Premierminister Aiyaz Sayed-Khaiyum forderte die Bevölkerung auf, von diesem Recht Gebrauch zu machen und bereits jetzt mündliche oder schriftliche Vorschläge einzureichen. Konsultationsveranstaltungen soll es in den Städten Suva, Nadi, Lautoka und Labasa geben. Sayed-Khaiyum sagte, es ginge nicht darum, dass der Haushalt den Erwartungen der Regierung entspreche, sondern den Erwartungen der Bevölkerung. Mit den öffentlichen Konsultationen im Haushalt beschreitet Fidschi tatsächlich einen innovativen Weg, wie die von der Bevölkerung eingereichten Vorlagen letztlich berücksichtigt werden sollen, ist jedoch noch unklar.

In vergleichbaren Fällen, wie bei der Suche nach einer neuen Landesflagge (Artikel siehe oben) oder der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, sind die Konsultationsprozesse bisher recht unübersichtlich und chaotisch abgelaufen und die Regierung musste sich dafür kritisieren lassen, viele Einsendungen nicht zu berücksichtigen. (*Fiji Sun* 23.8.2015)

Bainimarama und weitere Staats- und Regierungschefs reisen nach Indien

Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama hat eine Delegation aus dem Pazifik zu einem Staatsbesuch in Indien angeführt. In der indischen Stadt Jaipur fand am 21. August 2015 das *Forum for India-Pacific Islands Co-operation* (FIPIC) statt. Neben Bainimarama nahmen insgesamt 9 weitere Staats- oder Regierungschefs aus dem Pazifik an dem Treffen teil. Auf der Tagesordnung standen insbesondere wirtschaftliche Themen und der Klimawandel. Bainimarama forderte Indiens Premierminister Nahendra Modi auf, sich in der Klimadebatte gemeinsam mit dem Pazifik gegen die „Koalition der Selbstüchtigen“ („*Coalition of the Selfish*“) in den Industrieländern zu stellen. Bereits im letzten Jahr hatte es in Fidschi auf Initiative des Landes und Indiens ein erstes Treffen gegeben, mit dem Indien einen Startschuss für einen Ausbau seiner Beziehungen zum Pazifik setzen wollte. Am Rande des diesjährigen Treffens hat Indien, selbst in weiten Teilen des Landes chronisch unterentwickelt, Fidschi bis zu 200.000 US-\$ (ca. 175.000 €) Entwicklungshilfe versprochen. Schon vor dem Staatsbesuch hat Fidschi bekanntgegeben, in Zukunft Indiens Anliegen, permanentes Mitglied des UN-Sicherheitsrats zu werden, zu unterstützen. Zusammen mit Indien bemüht sich unter anderem auch Deutschland um einen solchen permanenten Sitz. (*Fiji Sun* 23.8.2015, 12.8.2015, 30.7.2015, *Fiji Times* 22.8.2015, *Times of India* 17.8.2015)

Fiji Labour Party feiert 30-jähriges Bestehen

Die *Fiji Labour Party* hat Anfang August bei einem Parteikongress ihr 30-jähriges Bestehen gefeiert. Die Partei hat über viele Jahre hinweg die fidschianische Politik entscheidend mitgeprägt und war in der Vergangenheit vor allem als Gegenpol zu radikalen Partei-

en aufgetreten, welche mit ihrer Politik die indisch-stämmige Bevölkerung des Landes benachteiligten. Bei den Wahlen im vergangenen Jahr war die Partei aber überraschend auf gerade einmal 2,4 % abgestürzt und hatte keinen einzigen Parlamentssitz erhalten, vermutlich, weil ein Großteil ihrer Wählerklientel für die Regierungspartei *FijiFirst* von Premierminister Voreqe Bainimarama stimmten. Mit dazu beigetragen haben dürfte auch, dass der Vorsitzende und Spitzenkandidat der *Fiji Labour Party*, der frühere Premierminister Mahendra Chaudhry, kurz vor der Wahl wegen Steuerhinterziehung verurteilt wurde und bei der Wahl nicht mehr antreten durfte (*siehe Ausgabe von August 2014*). Der Parteikongress hält jedoch weiterhin an dem 73-jährigen Chaudhry als Anführer der Partei fest und beschloss bereits jetzt, dass dieser die Partei in die Wahlen im Jahr 2018 führen soll. Noch im Juli hatte Chaudhry in einem Interview davon gesprochen, dass er nach 23 Jahren an der Spitze der Partei eigentlich abtreten wolle.

Chaudhry ist Gründungsmitglied der Partei und wurde 1999 zum ersten und bisher einzigen indisch-stämmigen Premierminister Fidschis gewählt, bereits ein Jahr später aber von bewaffneten Putschisten als Geisel genommen. Nach einer Militärintervention, welche die Geiselnahme beendete, wurde er vom Militär nicht erneut als Premierminister eingesetzt. Nach einer erneuten Intervention des Militärs unter dem heutigen Premierminister Voreqe Bainimarama im Jahr 2006 gehörte Chaudhry zwei Jahre der Übergangsregierung an, ist heute aber unter den stärksten Kritikern des Regierungschefs. So kritisierte die *Fiji Labour Party* bei dem Jubiläumsparteitag auch, dass die Opposition zu wenig politischen Spielraum habe und im öffentlichen Diskurs übergangen werde. (*Fiji Sun 2.8.2015, Fiji Times 2.8.2015, Wikipedia, Radio New Zealand International 3.7.2015, Fiji Labour Party 8.7.2015*)

Thailands Premierminister eröffnet *Pacific Islands Development Forum*

Vom 2. bis zum 4. September findet in Suva das diesjährige Treffen des *Pacific Islands Developing Forum* (PIDF) statt. Inhaltliche Themen sollen insbesondere der Klimawandel sein. Außerdem soll über dem Inhalt der Satzung der Organisation debattiert werden und ein Generalsekretär ernannt werden. Die Regionalorganisation wurde von Fidschi 2013 (zuvor gab es mehrere informelle Treffen) ursprünglich als Gegenspieler zum Pacific Islands Forum (PIF) gegründet, nachdem dieses Fidschi 2009 wegen der anhaltenden Militärregierung in dem Land suspendiert hatte. Inzwischen ist die Suspendierung zwar aufgehoben, weigert sich Fidschi aber wegen der Dominanz Australiens und Neuseelands in die Organisation, die ihr Sekretariat ebenfalls in der fidschianischen Hauptstadt hat, zurückzukehren. Dem PIDF gehören die pazifischen Inselstaaten, aber nicht Australien und Neuseeland an. Dennoch werden beide Staaten diesmal Beobachterdelegationen zu dem Treffen senden. Neuseeland plant Berichten zur Folge sogar auf Ministerebene teilzunehmen, auch wenn noch nicht bekannt ist, welcher Minister nach Fidschi reisen wird. Dies kann als eine weitere Aufwertung der Bedeutung der Organisation interpretiert werden. Gleichzeitig kann der Austausch mit Australien und Neuseeland nicht darüber hinwegtäuschen, dass das PIDF deutlich stärker auf Asien und insbesondere China, ein enger Verbündeter Fidschis, ausgerichtet ist. So wird das Forum in diesem Jahr auch von einem Gast aus Südostasien, dem thailändischen Übergangspräsidenten Prayuth Chan-ocha, eröffnet. Der frühere thailändische Militärchef Prayuth weist eine ähnliche „Karriere“ wie Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama auf: Prayuth wurde im vergangenen Jahr von einer vom Militär eingesetzten Volksversammlung zum Premierminister gewählt, nach-

dem das Militär zuvor nach monatelangen Protesten die damalige Regierung von Yingluck Shinawatra abgesetzt hatte. Bevor es 2016 Neuwahlen geben soll, wollen Chan-ocha und sein Kabinett eine neue Verfassung ausarbeiten, von der es heißt, dass sie nachhaltigere demokratische Strukturen schaffen soll. Fidschis Premierminister Bainimarama war im vergangenen Jahr gewählt worden, nachdem er das Land zuvor seit einem von ihm angeführten Militärputsch im Jahr 2006 als Übergangspräsident regiert hatte. Auch er nimmt für sich in Anspruch, dass sein Putsch der letzte in Fidschi gewesen sein soll und er in Wahrheit bleibende Demokratie gebracht habe. Prayuth reist bereits einen Tag vor Eröffnung des PIDF-Treffens zu einem offiziellen Staatsbesuch in Fidschi an, um unter anderem Gespräche zum Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu führen. (*Fiji Sun 18.8.2015*)

VANUATU

Neuer Premierminister

Sato Kilman (geb. 1957) ist seit Mitte Juni neuer Premierminister von Vanuatu. Der ehemalige Außenminister, der erst Ende Mai aus seinem Ministeramt entlassen worden war, konnte sich durchsetzen. Er bekam drei Stimmen mehr als sein Herausforderer Ham Lini von der Opposition. Kilman ist Nachfolger von Joe Natuman (geb. 1952), der mit 27 zu 25 Stimmen durch ein Misstrauensvotum abgesetzt wurde.

Innerhalb von sieben Jahren hat der Premierminister von Vanuatu, bedingt durch Misstrauensvoten, neunmal gewechselt. Joe Natuman war im März 2014 ebenfalls durch ein Misstrauensvotum an die Macht gekommen. Damals hatte das Parlament dem amtierenden Premierminister Moana Carcasses Kalosil das Vertrauen entzogen und Natuman mit 40 von 52 Stimmen zum Premier

gewählt. Bereits in den Jahren 2010 und 2011 war Kilman für einige Monate als Premierminister im Amt. Er bestimmte jetzt Moana Carcasses zu seinem Stellvertreter. Auch der ehemalige Premierminister Serge Vohor (im Amt 1995, 1996 und 2004) erhielt einen Ministerposten, er wurde zum Außenminister ernannt.

(Radio NZ Intern. 11.06.15, Flash d'Océanie 12.06.15, Wikipedia)

† Edward Natapei

Der frühere Premierminister und Parteivorsitzende der oppositionellen *Vanua'aku Pati*, Edward Natapei, ist am 28. Juli im Alter von 61 Jahren nach langer Krankheit gestorben.

Natapei wurde 1983 erstmals ins Parlament gewählt. Bis zu seinem Tod hatte der Politiker verschiedene Ämter inne, u.a. war er im März 1999 sogar für einige Tage Präsident des Staates. Außerdem diente Natapei zweimal als Premierminister, seit 2013 unter Premier Moana Carcasses war er Außenminister. Zuletzt war Natapei unter der Regierung von Sato Kilman in die Opposition gegangen. (Radio NZ Intern. 28.07.15, Wikipedia)

Erste Ärzte aus Vanuatu

Die ersten zwölf Ni-Vanuatus haben ihr Examen an der *Havanna Latin American Medical School* bestanden und ihre Approbation als Ärzte bekommen. Die zwölf Ärzte hatten in den vergangenen sieben Jahren mit Unterstützung eines kubanischen Stipendiums an der Medizinischen Hochschule in Havanna studiert. Sie sollen nun nach Vanuatu zurückkehren und helfen, den chronischen Ärztemangel im Staat zu beheben.

Info: Vanuatu und Kuba unterhalten seit 1980 diplomatische Beziehungen. Die kubanische Regierung fördert mithilfe von Stipendien die Ausbildung von Fachkräften, u.a. von Krankenschwestern. Kuba hat auch Ärzte zur Ausbildung des einheimi-

schen Personals an das Zentralkrankenhaus in Port Vila, der Hauptstadt von Vanuatu, entsandt. (Radio NZ Intern. 27.07.15)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Neuer Armeechef

Am 1. August hat der französische Brigadegeneral Philippe Léonard sein Amt als Kommandant der französischen Streitkräfte von Neukaledonien (FANC, Forces Armées de Nouvelle-Calédonie) angetreten. Er ist Nachfolger von Brigadegeneral Luc du Perron de Revel, der dieses Amt in den letzten beiden Jahren innehatte.

Léonard war seit August 2013 Oberkommandierender des Militärsstützpunktes im südfranzösischen Marseille und dort u.a. für die Sicherheit in dieser Metropole zuständig.

(<http://www.gouvernement.fr/conseil-des-ministres/2015-07-08/mesures-d-ordre-individuel>)

Konflikt zwischen Regierung, Bauunternehmen und Lastwagenfahrern paralisiert Neukaledonien

Nach 15 Tagen hat sich der Konflikt zwischen den Lastwagenfahrern, den Bergbauunternehmen und der neukaledonischen Regierung am Freitag, den 21. August, noch einmal zugespitzt. Am Vortag führten die Verhandlungen, die nach einer Woche gerade erst wieder aufgenommen worden waren, zu einem Kompromissvorschlag. Doch die Lastwagenfahrer hatten schließlich abgelehnt, den Vertrag zu unterzeichnen. Nach diesem Fehlschlag hatten die Lastwagenfahrer erneut mehrere Zugangsstraßen der Hauptstadt blockiert, ebenso wie mehrere verkehrstechnisch wichtige Punkte und Adern der Hauptinsel. Die Hauptstadt Nouméa konnte mit dem Auto weder erreicht noch verlassen werden. Nur Notdienste konnten noch in die Hauptstadt

fahren bzw. sie verlassen. Die meisten Geschäfte blieben geschlossen, die Einfahrt in den Mosel-Hafen, den wichtigsten Jachthafen der Stadt, war versperrt. Im Rest des Landes wurden Straßenblockaden errichtet, die von Privatfahrzeugen von Zeit zu Zeit passiert werden konnten. Laut der Industrie- und Handelskammer konnten 30 -80 % der Beschäftigten des Landes ihren Arbeitsplatz nicht erreichen. Dem neukaledonischen Radiosender *Calédonie 1ère* zufolge blieben viele Baustellen verwaist, Tankstellen fehlte das Benzin, Viehwirtschaften sind bedroht, weil ihnen die Futtermittel fehlen. Die Streiks haben sogar die Universität erreicht, wo schriftliche Prüfungen ausfallen mussten. Das Bergbauunternehmen *SLN* (Société Le Nickel) musste die Leistung seiner Hochöfen zurückfahren, weil ein Großteil der Beschäftigten nicht zur Arbeit kommen konnte.

Am Anfang des Konflikts standen der Rückgang der Nickelexporte nach Australien und der Preisverfall von Nickel auf dem Weltmarkt. Die Bergbauunternehmen und die Lastwagenfahrer wollten den Niedergang durch neue Exporte von Erzen mit niedrigem Nickelgehalt nach China ausgleichen. Damit wollten sie den Rückgang der Exporte nach Australien, wo ihr Kunde *Queensland Nickel* (QNI) die Einkaufskonditionen verschärft hatte, auffangen. Die Lastwagenfahrer, welche die Nickelerze von den Abbaugebieten zu den Häfen transportieren, glauben, dass die neuen Exporte nach China ihr langfristiges Überleben sichern. Ohne China, mittlerweile der weltweit größte Nickelkonsument, kann Neukaledonien nicht weiter wirtschaften, so ihr Argument.

Das Problem: Die Exporte stehen dem neukaledonischen Konzeptschema für den Bergbausektor entgegen. Das Schema sieht eine Konzentration der Branche auf seine traditionellen Kunden, d.h. Japan und Australien, und keine Öffnung für einen neuen Kunden

vor. Die Arbeitsgruppe der neukaledonischen Regierung, die sich mit dem Thema befasst, und die Unterzeichner des Vertrags von Nouméa 1998 haben die Anfrage deshalb abgelehnt.

Die Unabhängigkeitsbewegung *FLNKS* (Front de Libération Kanak et Socialiste) und die Unabhängigkeitsgegner von *Calédonie Avenir* (mitte-rechts-gerichtete Partei), der auch der neukaledonische Präsident Philippe Germain angehört, glauben ebenfalls, dass eine Versorgung des chinesischen Marktes ein strategischer Fehler wäre. Dies würde den Nickelpreis niedrig halten und der Produktivität der lokalen Unternehmen schaden. Außerdem würde man Erzvorkommen mit niedrigem Nickelgehalt abbauen, die für Ausbeutung durch zukünftige Generationen gedacht ist, wenn Vorkommen mit höherem Nickelgehalt erschöpft sind. Im Januar hatte die *FLNKS* ihre „Nickeldoktrin“ verabschiedet, die vorsieht, den Export von Roherten zu stoppen, um die Weiterverarbeitung vor Ort zu fördern und den Mehrwert für die neukaledonische Wirtschaft zu erhöhen.

Das höchstpolitische Thema wird in allen Parteien heiß diskutiert. Eine Einigung ist schwierig. Die Unabhängigkeitsbewegung vertritt die Strategie einer öffentlichen Kontrolle des Nickelsektors. Stärkere liberale Kräfte hingegen möchten den staatlichen Einfluss verringern. Neukaledonien verfügt über ca. 25 % der weltweiten Nickelreserven. Der Nickelgehalt in den Erzen beträgt im Durchschnitt 2,22 % gegenüber 1,63 % im Rest der Welt. Der Motor der neukaledonischen Wirtschaft ist auch ein zentraler Baustein im Entkolonialisierungsprozess. Die Nickelfrage war eine Vorbedingung für die Verhandlungen zum Nouméa-Vertrag 1998. Erst das Zugeständnis an die Unabhängigkeitsbewegung *FLNKS*, ein ausreichend großes Nickelvorkommen im Tausch gegen ein kleineres Vorkommen zu erhalten (Bercy-Vertrag 1996), ermöglichte die Aufnahme der Verhandlungen

zum Nouméa-Vertrag. Ein bedeutendes Nickelvorkommen war notwendig, da die *FLNKS* in den 1990er Jahren die Absicht, eine Nickelfabrik im von ihr regierten Norden des Landes zu bauen, in die Tat umsetzen wollte. Das so genannte Koniambo-Projekt wurde schließlich realisiert, die Fabrik führte ihre erste Nickelschmelze 2013 durch.

In naher Zukunft muss sich das Land für eine nachhaltige und kohärente Strategie für den Nickelsektor entscheiden. Laut der Tageszeitung „Les Nouvelles Calédoniennes“ ist der Nickelsektor zurzeit zielloos, sein Kompass ist noch nicht eingestellt.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Matthias Kowasch, Uni Bremen
<http://nouvellecaledonie.la1ere.fr/2015/08/21/les-jours-de-greve-se-succedent-et-impactent-la-vie-economique-du-pays-280445.html>,
<http://www.lnc.nc/article/pays/un-nickel-%C3%A9lectrique>,
http://www.lemonde.fr/economie/article/2015/08/21/la-nouvelle-caledonie-paralysee-par-un-conflit-sur-l-exportation-de-nickel_4732961_3234.html)

MIKRONESIEN

Legalisierung der Homo-Ehe

Guam: Der Klage zweier Frauen vor dem Distriktsgericht in Guam wurde jetzt stattgegeben. Kathleen M. Aguero und Loretta M. Pangelinan hatten Anfang des Jahres geklagt, weil sie als lesbisches Paar nicht offiziell getraut werden konnten. Als erstes amerikanisches Außengebiet im Pazifik entschied der Oberste Gerichtshof Anfang Juni, dass die Verweigerung der so genannten „Homo-Ehe“ gesetzeswidrig sei. Bereits einem Tag nach Bekanntgabe trauten sich die Klägerinnen im Ministerium für Gesundheit und Wohlfahrt in der Hauptstadt von Guam. Gesundheitsminister James Gillan führte die Trauung durch. Noch am selben Tag wurde an gleicher Stelle ein zweites lesbisches Paar getraut. (Radio NZ

Intern. 05.06.15, Pacific Daily News 09.06.15)

Neue Flugverbindung

Nauru: *Nauru Airlines* hat am 12. Juni Flüge in die Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM) aufgenommen. Der Jungfernflug der Fluggesellschaft ging vom Atoll Majuro (Marshall-Inseln) über Kosrae nach Pohnpei. Dort wurde die Maschine von dem Präsidentenpaar der Marshall-Inseln, Christopher Loeak und Lady Lieom Loeak, sowie dem Präsidentenpaar von Nauru, Baron Waqa und Ehefrau, willkommen geheißen.

Nauru Airlines fliegt ab sofort regelmäßig von Nauru in die FSM. Präsident Waqa sagte, er erhoffe sich damit die Stärkung von familiären und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Nauru und den FSM.

Die Fluggesellschaft mit dem Motto „Airline of the Central Pacific“ fliegt mittwochs, freitags und sonntags vom australischen Brisbane nach Nauru. Freitags und sonntags verbindet die Fluggesellschaft Nauru mit Tarawa (Kiribati) sowie Majuro, Kosrae und Pohnpei. (Marshall Islands Journal 19.06.15, <http://www.ourairline.com.au/>)

Mehr Touristen aus China

Palau: Erstmals haben mehr Touristen aus China denn aus Japan die Inselrepublik Palau besucht. Bis Ende Mai 2015 konnte die Tourismusbehörde 40.050 chinesische Besucher verzeichnen. Im gleichen Zeitraum waren es im vergangenen Jahr nur 7.000 Chinesen. 14.155 Japaner besuchten Palau, im Vorjahr waren es von Januar bis Mai noch 17.136. Auch ein Rückgang von Besuchern aus Taiwan ist zu verzeichnen. Besuchten im Vorjahr bis Mai noch 12.417 Taiwanesen Palau, waren es in diesem Jahr nur 6.372.

Die Tourismusbehörde vermutet als Grund für den Rückgang der Touristen aus Japan, Taiwan und

auch Korea die Streichung von Charterflügen aus den entsprechenden Staaten nach Palau. (*Palau Island Times* 11.06.2015)

Uiguren haben Palau verlassen

Palau: Bereits im März des Jahres haben die letzten in Koror lebenden Uiguren die Inselrepublik Palau verlassen. Das sagte Präsident Tommy Remengesau Jr. Anfang Juli auf einer Pressekonferenz zur Situation von Flüchtlingen in seinem Amtssitz Meyuns. Die Uiguren hätten Palau auf eigenen Willen hin verlassen, ihren derzeitigen Aufenthaltsort werde er aus Sicherheitsgründen nicht bekanntgeben, so der Präsident.

Die sechs Uiguren lebten seit März 2009 in Palau. Sie waren nach achtjähriger Haft aus dem amerikanischen Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba nach Palau gebracht worden, wo sie sich frei bewegen durften und sogar in verschiedenen Jobs tätig waren. Die Uiguren waren vom amerikanischen Gericht nicht als Terroristen eingestuft worden und hätten die USA nach ihrer Entlassung aus dem Militärgefängnis als freie Bürger verlassen können. Da die Volksrepublik China jedoch in den Uiguren weiterhin potentielle Kriminelle und Terroristen sah, konnten sie aus Angst vor Repressalien nicht in ihre Heimat China zurückkehren. Daraufhin hatte die amerikanische Regierung bei dem damaligen amtierenden palauischen Präsidenten Johnson Toribiong angefragt, ob die Uiguren in Palau aufgenommen werden könnten. Toribiong hatte dies bejaht und eigens einen Regierungsbeauftragten für die Uiguren benannt, der sich in der Folgezeit um die Menschen kümmerte.

Palau ist einer der wenigen Staaten, die die Volksrepublik China nicht anerkennen und diplomatische Beziehungen mit Taiwan unterhalten.

Info: Die Uiguren bilden die größte muslimische turksprachige

Ethnie im chinesischen uigurischen autonomen Gebiet Xinjiang. (*Palau Island Times* 09.07.15)

MARSHALL-INSELN

Kritik an Klimapolitik

Der marshallische Außenminister Tony de Brum hat die australische Klimapolitik scharf kritisiert. Die australische Regierung hatte kürzlich angekündigt, bis zum Jahr 2030 ihre Emissionen um 26 % bis 28 % zu senken. Wenn Australien bei diesem Ziel bleibe, verschwände das Great Barrier Reef unter Wasser und auch einige pazifische Inselstaaten seien buchstäblich vom „Untergang“ bedroht, warnte der energische Minister. Selbst das australische Umweltministerium habe errechnet, dass eine Senkung der Emissionen um 40 % bis 60 % nötig sei, um den Anstieg der globalen Temperatur um zwei Grad Celsius zu verhindern, erklärte de Brum. Ein Anstieg der globalen Temperatur um mehr als zwei Grad bedeute „das Ende unseres Landes“, so der Außenminister wörtlich im australischen Radio. Australien sollte sich lieber in Sachen Klimapolitik als Vorbild für die asiatischen Nachbarstaaten positionieren, forderte de Brum. Gerade im Hinblick auf Australiens politische Führungsrolle im pazifischen Raum habe er sich mehr klimapolitisches Engagement von dem fünften Kontinent erwartet, zeigte sich de Brum enttäuscht. (*de Brum im Interview auf Radio Australia* 11.08.15)

Compact-Gelder für 2015

Die Abteilung für insulare Angelegenheiten im Innenministerium der USA hat im Juli die Auszahlung der Fördergelder im Rahmen des *Compact of free Association* veranlasst. Demnach werden in diesem Jahr mehr als sechs Millionen US-Dollar an die Marshall-Inseln überwiesen. Die meisten Gelder kommen dabei dem Gesundheits- und Bildungssektor

zugute. Besondere finanzielle Unterstützung erhalten auch das stark überbevölkerte Atoll Ebeye sowie das Atoll Kwajalein, auf dem sich die Ronald-Reagan-Raketenabschussbasis der Amerikaner befindet. Weitere Gelder fließen in die Müllbeseitigungsanlagen in der Hauptstadt Majuro sowie in Ernährungsprogrammen auf dem Atoll Eniwetok.

Info: Die USA und die Marshall-Inseln haben 1983 einen Vertrag über die freie Assoziierung geschlossen. Der zunächst für 20 Jahre geltende Vertrag, der den USA weitreichende Vollmachten über einen Großteil des Staatsgebietes gibt, wurde zunächst auf 20 Jahre geschlossen. 2003 wurde der Vertrag um weitere 20 Jahre verlängert. Im Gegenzug über die Gebietshoheit verpflichtet sich die USA, 60 % des jährlichen Staatshaushaltes der Marshall-Inseln zu übernehmen und mit diesen Geldern Gesundheits-, Bildungs- und Infrastrukturmaßnahmen zu unterstützen. (*Pressemitteilung Office of Insular Affairs* 01.07.15, <http://www.state.gov/documents/organization/173999.pdf>)

Runit hält noch dicht

Der so genannte „Runit Dome“ auf der Insel Runit lässt trotz erkennbarer äußerer Risse bislang noch keine radioaktive Strahlung nach außen dringen. Das ist das Ergebnis einer wissenschaftlichen Exkursion unter Leitung des Journalisten und Regisseurs Giff Johnson aus Majuro. Johnson und sein Team waren nach Runit gereist, um zu überprüfen, ob die Betonwand des Kraters durch das Wüten des Taifuns Nangka im Juli des Jahres in Mitleidenschaft gezogen worden war. Nach Angaben von Johnson hält der Krater nach oben hin dicht, für gefährlich hält der renommierte Journalist eher das Absickern des radioaktiven Materials nach unten, hin in das poröse Gestein des Atolls.

Info: Die Insel Runit ist eine von etwa 40 Inseln im Osten des Atolls Eniwetok in der Ralik-Kette der Marshall-Inseln.

Runit liegt etwa mittig am nord-östlichen Riffkranz des Atolls. Die Insel ist 3.100 Meter lang und bis zu 263 Meter breit. Die Flächenausdehnung beträgt rund 46,3 Hektar. 530 Meter von der Nordwestspitze der Insel entfernt befindet sich in einem ehemaligen Krater eines Kernwaffentests ein Atommüllendlager, der *Runit Dome* mit einem Durchmesser von 120 Metern. Im Rahmen der *Operation Redwing* fanden zwischen 1956 und 1958 14 amerikanische Kernwaffentests auf Runit statt. Bei dem Test namens *Lacrosse* am 4. Mai 1956 entstand ein Krater, der in den Jahren 1977 bis 1980 mit plutoniumhaltigen radioaktiven Material von Tests auch von anderen pazifischen Atollen aufgefüllt wurde. Über den aufgefüllten Krater wurde eine Kuppel aus Portlandzement errichtet. (*Radio NZ Intern. 15.08.15*)

KIRIBATI

Impfung gegen Rotaviren

Mit Unterstützung durch UNICEF und die Weltgesundheitsorganisation WHO hat das Gesundheitsministerium von Kiribati eine verpflichtende Impfung von Kleinkindern unter fünf Jahren gegen Rotaviren eingeführt. Rotaviren sind gefährlich und hoch ansteckend. Infizierte Kinder leider unter hohem Fieber, Durchfall und Erbrechen und können durch Austrocknung des Körpers innerhalb kürzester Zeit sterben.

Da das Gesundheitsministerium in den letzten fünf Jahren auch einige Todesfälle durch Rotaviren zu verzeichnen hatte, bat die Regierung die UNICEF und die WHO um finanzielle und logistische Unterstützung bei der Einfuhr des Impfstoffes und der Impfkampagne in der Bevölkerung. UNICEF will das Impfprogramm zunächst für drei Jahre fördern und in diesem Zusammenhang auch Aufklärungskam-

pagnen zu Hygiene und Gesundheit in den Familien durchführen. (*Radio NZ Intern. 05.08.15*)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Gedenkmünze ist Zahlungsmittel

Tuvalu: Die australische Münzprägestalt in Perth hat eine Ein-Dollar-Silbermünze anlässlich des 150. Jahrestages der Herausgabe des Kinderbuchklassikers „Alice im Wunderland“ von Lewis Carroll geprägt. Die Münze zeigt auf der einen Seite ein Porträt der britischen Königin Elizabeth II, auf der anderen Seite hält Alice eine kleine blaue Flasche mit dem Aufdruck „Drink me“ in der Hand. Im Baum über ihr sitzen eine Katze und ein Kanichen. Die Inschrift auf der Münze lautet: *Alice's Adventures in Wonderland, 150 Years*. Der i-punkt in Alice ist durch ein rotes Herz ersetzt.

Die farbige Münze gilt ab sofort in Tuvalu als offizielles Zahlungsmittel. An Sammler wird die Münze für den Betrag von 165 US-Dollar verkauft. (*Radio NZ Intern. 24.07.15*), <http://www.perthmint.com.au/>

Königskrönung

Tonga: Am 4. Juli ist in der Hauptstadt Nuku'alofa George Tupou VI zum König gekrönt worden. Seine Ehefrau Nanasi-pau'u wurde zur Königin gekrönt. Der Zeremonie waren siebentägige Feierlichkeiten vorausgegangen, an der Staats- und Regierungschefs sowie auch Repräsentanten des internationalen Hochadels teilnahmen. Unter anderem waren aus Europa der ungarische Prinz Georg von Habsburg sowie die österreichische

Prinzessin Marie-Thérèse von Hohenberg nach Tonga gereist. Die Krönung wurde von einem australischen Pfarrer der Methodistischen Kirche in der *Free Wesleyan Centenary Kirche* vorgenommen, da nach tongaischem Brauch nur Ausländer das Haupt eines Königs berühren dürfen. Die Könige wurden von dem Pfarrer mit geweihtem Öl gesalbt und erhielten die Insignien ihrer Macht, Krone und Zepter.

Der 55-jährige König ist Nachfolger seines älteren Bruders Tupou George V, der am 18. März 2012 im Alter von 63 Jahren nach sechsjähriger Amtszeit in Hongkong an den Folgen einer Herzkrankheit gestorben war.

Info: George Tupou VI war zunächst Korvettenkapitän. Von 1990 bis 1995 hatte er den Oberbefehl über die *PPB Voea Pangai* inne, die zu dieser Zeit für Friedensmaßnahmen in Bougainville eingesetzt war. Im Jahr 1998 beendete er seine militärische Karriere und übernahm von seinem zurückgetretenen Bruder Tupouto'a (später George Tupou V) das Amt als Außen- und Verteidigungsminister, das er bis zum September 2004 innehatte. Vom 3. Januar 2000 bis zum 11. Februar 2006 war er Premierminister Tongas. Dann wurde er zum Kronprinzen des südpazifischen Inselstaates ernannt. Der König ist seit 1982 verheiratet und hat drei Kinder. (*Flash d'Océanie 05.07.15*, <http://royalcorrespondent.com/2015/07/05/videos-the-coronation-of-his-majesty-king-george-tupou-vi-of-tonga/>, Wikipedia)

Buch über Königreich

Tonga: Prinzessin Mele Siu'ilikutapu hat am 3. Juli in der Aula der Queen Salote Schule ein tongaisch-sprachiges Buch über Werte, Mythen, Traditionen und das Gesellschaftsgefüge Tongas herausgegeben. Das Buch mit dem Titel „*Tonga: Fonua a Kainga*“ (Tonga: Das Land der Könige, Adeligen und ihrer Angehörigen) trägt als Titelbild ein Foto des neuen Königs. Auf 214

Seiten beschreiben die Autoren in acht Kapiteln die Geschichte des Königreiches von 1845 bis heute.

Das Buch erschien mit finanzieller Unterstützung des Entwicklungshilfeprogramms der Vereinten Nationen. Es kostet 69 US-Dollar. (*Matangi Tonga Magazine 06.07.15*)

Chinesische Stipendien

Tonga: 25 tongaische Studierende haben Anfang August in der chinesischen Botschaft in Nuku'alofa die Zusage für ein einjähriges Stipendium in China erhalten. Bereits seit 1998 - in diesem Jahr nahmen beide Staaten diplomatische Beziehungen auf - unterstützt die chinesische Regierung die Aus- und Weiterbildung von tongaischen Studierenden. Wurden in den Jahren bis 2005 nur zwei bis drei Stipendien jährlich vergeben, hat sich die Zahl der Stipendien inzwischen auf 25 erhöht. Für die diesjährigen Stipendien hatten sich 700 Menschen beworben, die Gewinner wurden jetzt in der chinesischen Botschaft von Lord Tu'ivakano, dem Parlamentssprecher, sowie vom chinesischen Botschafter Huang Huaguang empfangen. Eine ehemalige Stipendiatin, die inzwischen promovierte Kilisitina Puleiku, warnte in einer Rede die zukünftigen Studenten davor, sich in China ein „laues Leben“ zu machen. Es ginge nicht darum, sich in China als erfolgreicher Rugby-Spieler zu präsentieren, sondern in dem einen Jahr hart zu arbeiten, die Sprache zu erlernen und sich fortzubilden. Die Bildung käme dann dem Heimatland Tonga zu gute. (*Matangi Tonga, 05.08.15*)

Abkommen zwischen Uni und Exporteuren

Samoa: Die *Samoa Association of Manufactures and Exporters* (SAME), ein Zusammenschluss von 60 Produzenten und Exporteuren, hat Ende Juni die Zusammenarbeit mit der *University*

of *Hawaii* aufgenommen. Die Uniprofessoren Papali'i Dr. Tusi Avegalio und Prof. Alvin Huang sollen SAME dabei beraten, wie künftig samoanische Produkte auf dem amerikanischen Markt eingeführt werden können. Dabei geht es vor allem um die Einfuhr von glutenfreiem Mehl aus den Früchten des Brotfruchtbaumes. Die Professoren sehen großes Potential für den Export glutenfreier Produkte aus Samoa in die USA. Sie wollen die Exporteure dabei beraten, wie ihre Produkte gewinnträchtig vermarktet werden können.

Der internationale Lebensmittelkonzern C.H. Robinson, der große amerikanische Supermarktketten beliefert, äußerte Interesse am Import weiterer samoanischer Produkte in Bio-Qualität, vor allem Vanille, Kakao und Produkte aus Kokosnüssen.

SAME-Präsident Eddie Wilson zeigte sich zuversichtlich, dass die samoanischen Exporteure mit wissenschaftlicher Unterstützung und Beratung durch die Universität sich erfolgreich im amerikanischen Lebensmittelmarkt etablieren können. SAME plant den amerikanischen Markteintritt im Großformat nun für die zweite Hälfte des nächsten Jahres. Die Öffentlichkeitsarbeit für und die Bewerbung der „*Buy Samoa Made*“-genannten Kampagne ist bereits angelaufen. (*Talamua 18.06.15, <http://www.same.org.ws/>*)

Straßenverkauf verboten

Samoa: Ab dem 1. Juli gilt in Samoa das Verbot des Straßenverkaufs. Händler dürfen ihre Waren nur noch in den Markthallen von Apia verkaufen, erklärte ein Polizeisprecher. Dafür wurde eigens eine neue Markthalle, der Fugalei Markt, gebaut. Das Verkaufsverbot sei lange genug angekündigt gewesen, erklärte der Polizeisprecher. Man habe den Straßenhändlern ausreichend Zeit gegeben, sich mit ihren Ständen in den Markthallen einzurichten. Wer nun auf der Straße

„erwischt“ werde, müsse mit empfindlichen Geldstrafen rechnen. (*Radio NZ Intern. 29.06.15*)

Neue Airline

Samoa: Nach Recherchen der Tageszeitung „*The Samoa Observer*“ wird es in Samoa neben „*Polynesian Airlines*“ und „*Samoa Air*“ bald eine dritte Fluggesellschaft geben. Die neue „*Talofa Airline*“ soll gegen Ende des Jahres ihren Betrieb aufnehmen. Sie soll zwischen den samoanischen Inseln, aber auch pazifikweit fliegen. (*Samoa Observer 30.07.15*)

Kampf gegen streunende Hunde

US-Samoa: Das Landwirtschaftsministerium hat den Kampf gegen streunende Hunde in den Straßen der Hauptstadt Pago Pago aufgenommen. Herrenlose Hunde sollen gefangen und anschließend getötet werden. Nach Angaben des Ministeriums stellen sie eine Gefahr dar, vor allem in Bereich von Schulen und Kindergärten. Hundebesitzer sind aufgefordert, ihre Hunde auf dem eigenen Grundstück zu belassen. Das Ministerium will gesunde Hunde auch zur Adoption anbieten. (*Samoa News 08.07.15*)

50-jähriges Jubiläum

Cook-Inseln: Am 4. August haben die Cook-Inseln in der Hauptstadt Avarua auf der Insel Rarotonga den 50sten Jahrestag ihrer Selbstverwaltung gefeiert. Am 4. August 1965 hatte Neuseeland den Inseln den Status des „unabhängigen Staats in freier Assoziation“ mit Neuseeland verliehen. Dieser Status wurde von den Cook-Inseln in einem Akt der Selbstbestimmung gewählt, der von den Vereinten Nationen in Übereinstimmung mit Resolution 1514 (XV) der Generalversammlung überwacht und gebilligt wurde.

Die Cook-Inseln regieren sich selbst. Ihre Rechtsordnung ist getrennt und unabhängig von der Neuseelands. Die gesetzgebende und ausführende Gewalt unterliegt keinen Beschränkungen durch Neuseeland. Eine eigene Staatsangehörigkeit besteht allerdings nicht; die Einwohner des Landes sind Bürger Neuseelands. Jedoch gibt es nach der Verfassung der Cook-Inseln den rechtlichen Status des „permanenten Bewohners“ (permanent resident), der an die Geburt auf den Cook-Inseln und den Status der Eltern gebunden ist. Als Währung existiert der an den Neuseeland-Dollar gekoppelte Dollar der Cook-Inseln.

Die Feier zum Jahrestag fand an der so genannten „waterfront“ in Avarua statt. Die Oppositionspartei hatte sich zuvor kritisch über das Bürgerfest geäußert. Eigentlich habe man nicht genug Geld für so eine große Feier, hieß es. Die Regierung hatte dem widersprochen und erklärt, die Feier diene vor allem der Stärkung des Selbstbewusstseins der rund 15.000 Einwohner auf den Inseln. (Radio NZ Intern. 05.08.15, Wikipedia)

Erneut „Steuroase“

Cook-Inseln: Die Europäische Union hat die Cook-Inseln erneut auf die Liste der „Steuerhäfen“ gesetzt. Die Regierung der Inseln täte nicht genug, um Steuersünder abzuhalten, hieß es in der Begründung.

Der Finanzminister der Cook-Inseln, Tamatoa Jonassen, zeigte sich enttäuscht von der Klassifizierung. Bereits seit 2009 hätte seine Regierung Abkommen zum Datenabgleich über Steuerabgaben (*Tax Information Exchange Agreements*) mit 20 Staaten abgeschlossen, darunter auch zehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Es gäbe ein offizielles Austauschprogramm mit Griechenland und Italien, so der Minister. Spanien und Portugal hätten ebenfalls Bereitschaft zu dem Steuerabkommen signalisiert.

Die Cook-Inseln hätten zudem bereits im Jahr 2013 mit dem „*Action Plan for fair and efficient corporate taxation in the EU*“ begonnen. Man sei willens, in Steuerfragen international zu kooperieren, so der Minister.

Info: Auf der „schwarzen Liste der Steuerhäfen“ (tax haven) der Europäischen Union stehen derzeit 30 Staaten, darunter im Pazifik Nauru, Niue, die Marshall-Inseln und Vanuatu. Die EU prangert mit ihrer schwarzen Liste - also mit den Staaten, die sich nicht dem internationalen Steuerstandard unterworfen haben - vor allem die Großkonzerne wie Amazon, Apple und Starbucks an. Sie unterhalten Briefkastenfirmen in Steuroasen, weil sie hier ihr Geld sicher, diskret und fast steuerfrei anlegen können.

Niedrige Steuern sind auch für viele pazifische Inseln ein Weg, um an ausländische Gelder zu kommen. Superreiche bringen ihr Vermögen gern auf die Inseln, weil sie keine Einkommensteuer zahlen müssen, und Firmen gründen hier Tochtergesellschaften, weil deren Gewinne kaum zu versteuern sind. Sie nutzen das, indem sie Gewinne dorthin verschieben. Zum Beispiel, indem sie der Tochtergesellschaft Patente zuweisen, für die die Muttergesellschaft im Hochsteuerland Lizenzgebühren entrichten muss. Das mindert dort den Gewinn und erhöht ihn auf den Inseln. Die gleiche Wirkung haben Zinszahlungen des Mutterunternehmens an die Tochterfirma für Kredite, die die Tochter an die Mutter vergeben hat. (Cook Islands News 19.06.15, FAZ 26.03.13)

Beitritt zur ILO

Cook-Inseln: Die Cook-Inseln sind im Juni der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beigetreten. Der Präsident der Arbeitergewerkschaft, Anthony Turua, erklärte, damit sei ein Meilenstein erreicht worden. Die Gewerkschaft habe sich seit über 20 Jahren für den Beitritt zur ILO stark gemacht, so Turua. Mit dem ILO-

Beitritt müssen zukünftig Standards eingehalten werden, vor allem in Bezug auf die Zahlung eines Mindestlohnes und die Einhaltung von Gesundheits- und Sicherheitsleistungen von Arbeitgebern.

Info: Die Internationale Arbeitsorganisation ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit Sitz im schweizerischen Genf. Sie ist zuständig für die Formulierung und Durchsetzung internationaler Arbeits- und Sozialstandards. Die weltweit geltenden Mindeststandards sollen die Rechte bei der Arbeit und damit menschenwürdige Arbeit für alle Menschen auf der Welt sicherstellen. Derzeit hat die ILO 186 Mitgliedsstaaten. (www.ilo.org, Radio NZ Intern. 22.06.15)

Traditionelle Schutzgebiete

Cook-Inseln: Mit Hilfe von Spendengeldern sind die zwölf Schutzgebiete auf den Cook-Inseln neu ausgemerzt worden. In den traditionell „Raui“ genannten Gebieten darf nur an bestimmten Tagen gefischt werden bzw. essbare Muscheln gesammelt werden, auch der Zugang zu diesen Schutzzonen ist nur an wenigen Tagen gestattet.

Das Raui-System ist Jahrhunderte alt. Es wurde erst Ende der 1990er Jahre von Umweltschützern der Cook-Inseln wiederentdeckt. In den Folgejahren bemühte man sich um die Ausweisung der Schutzzonen und betrieb vor allem Öffentlichkeitsarbeit, um die junge Generation über die Schutzgebiete aufzuklären.

Die heutigen Schutzgebiete wurden vom Umweltamt der Cook-Inseln bestimmt. Sie befinden sich überwiegend an Lagunen, um Fischschwärme vor Überfischung zu schützen.

(http://www.environment.gov.ck/index.php?option=com_content&view=article&id=72&Itemid=95, Cook Islands News 08.06.15, Wikipedia)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

Machtkampf zwischen Fritch und Flosse geht weiter

Frz.-Polynesien: Der seit Herbst letzten Jahres tobende Machtkampf zwischen dem Präsidenten Französisch-Polynesiens, Edouard Fritch, und seinem Vorgänger Gaston Flosse geht unvermindert weiter.

Flosse war im September 2014 aufgrund einer Verurteilung wegen Korruption seines Amtes enthoben worden, und sein langjähriger Vertrauter und frühere Schwiegersohn Fritch hatte daraufhin seinen Posten übernommen. Da jedoch Flosse im Hintergrund faktisch weiterregieren wollte, aber Fritch eigene Machtinteressen entwickelte, war es alsbald zwischen den beiden zu starken Spannungen gekommen.

Im Mai dieses Jahres hatte dies schließlich zur formellen Spaltung der Regierungspartei *Tahoeraa Huiraatira* geführt, als Fritchs Anhänger in der Landesversammlung ihre eigene Fraktion unter dem Namen *Tapura Huiraatira* bildeten und daraufhin auf Flosses Geheiß aus der Partei ausgeschlossen wurden. Fritchs Regierung stützt sich seitdem auf eine Minderheitskoalition der *Tapura* mit der früheren Oppositionspartei *A Tia Porinetia*, während Flosses Rumpf-*Tahoeraa* bereits mehrmals vergeblich versuchte, durch eine destruktive Oppositionshaltung die Regierung handlungsunfähig zu machen.

Allerdings sind Flosses Versuche, mit Hilfe verstärkt antifranzösischer Rhetorik die andere große Oppositionsfraktion, die die Entkolonisierung des Landes anstrebende *Union Pour La Démocratie*, auf seine Seite zu ziehen, um dann Fritch stürzen und eine neue Regierungsmehrheit bilden zu können, bisher gescheitert, da die UPLD bis jetzt die Rolle einer

konstruktiven Opposition spielt und Fritchs Minderheitsregierung toleriert.

Formell ist allerdings der Spaltungsprozess der *Tahoeraa* bei weitem noch nicht abgeschlossen. Während einfache Abgeordnete der Landesversammlung aufgrund ihres Beitrittes zu einer fremden Fraktion entsprechend der Parteisatzung relativ einfach aus der Partei ausgeschlossen werden konnten, ist es Flosse bislang nicht gelungen, Fritch aus seinem Amt als Vizevorsitzender zu entfernen, geschweige denn ganz aus der Partei zu werfen. Ebenso wie Flosse zum Vorsitzenden wurde nämlich Fritch auf dem letzten Parteitag von einer Mehrheit der Delegierten zum stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt, und kann, falls er nicht selbst zurücktritt, eigentlich erst auf dem nächsten Parteitag von diesem Parteiamt wieder abgewählt werden.

Flosse forderte deshalb Fritch mehrmals vergeblich dazu auf, aus der Partei auszutreten. Fritch weigert sich aber beharrlich, dies zu tun, zur sichtlichen Frustration Flosses. Daraufhin versuchten Anhänger von Flosse, den Ortsverband der *Tahoeraa* in der Gemeinde Pirae, der Fritch als Bürgermeister vorsteht, aufzulösen, um somit Fritch seine Legitimation als Parteifunktionär quasi von unten zu entziehen.

Am 15. August holte Fritch schließlich zum Gegenschlag aus und zog vor Gericht. In seiner Klage fordert Fritch das Amtsgericht in Papeete auf, Flosse seinerseits als Parteivorsitzenden abzusetzen, da letzterem aufgrund seiner rechtskräftigen Verurteilung das Wahlrecht entzogen wurde, und er somit nach den Statuten der *Tahoeraa* gar kein Parteimitglied mehr sein könne. Während der gerichtliche Vorgang voraussichtlich viele Wochen oder sogar Monate dauern wird, versinkt das Land politisch immer mehr im Chaos, da ein Sturz von Fritchs Minderheitsregierung jederzeit möglich ist. In Anspielung an das erst kurz vor

den letzten Wahlen 2013 von Paris drastisch abgeänderte Wahlsystem meinte ein Politikwissenschaftler von der Universität Französisch-Polynesiens: *„Egal was Frankreich macht, um bei uns für Stabilität zu sorgen, unsere Politiker schaffen es immer, dies in Instabilität zu verwandeln. So etwas Verrücktes gibt es wirklich nur in unserem Land, das sich eine Regierung mit Zweidrittelmehrheit innerhalb von wenigen Monaten in eine Minderheitsregierung verwandelt.“*

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Tahiti-Infos, Tahiti-Pacifique, eigene Recherchen)

HAWAII

Bis 2045 zu 100 % erneuerbare Energien

Der amerikanische Bundesstaat Hawai'i hat im Juni ein Gesetz verabschiedet, mit dem er sich verpflichtet, bis zum Jahr 2045 seinen gesamten Strombedarf aus erneuerbaren Energiequellen zu decken. Mit dem Gesetz Nr. 97 ist Hawai'i der erste US-Bundesstaat mit einer 100 %-Vorgabe für erneuerbare Energien. Er will damit nach Angaben der in Hawai'i ansässigen Stiftung *Blue Planet Foundation* seine weltweite Vormachtstellung in Sachen saubere Energien stärken. Bereits heute erzeugen die hawaiischen Inseln 22 % ihres Strombedarfs mit Solar- und Windenergie, Geothermie und anderen erneuerbaren Energiequellen. Damit hat sich der Anteil an erneuerbaren Energien an Hawai'is Energieverbrauch in den letzten fünf Jahren verdoppelt. Als Zwischenziel schreibt das neue Gesetz bis zum Jahr 2020 einen Anteil an erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von mindestens 30 % vor. Wird dieser Standard nicht erfüllt, müssten die lokalen Stromversorgungsunternehmen für jede Kilowattstunde, die sie zu viel fossil erzeugt haben, zwei Cent bezahlen.

(<https://blueplanetfoundation.org/>, Solar Server 22.06.15)

Proteste gegen geplante Teleskope auf heiligen Berggipfeln halten an

Die Anfang des Jahres begonnenen Proteste der sich selbst als „Protectors“ (Schützer) bezeichnenden Aktivisten gegen den Bau eines gigantischen Teleskops auf dem 4.205 m hohen Gipfel des nach hawaiischer Überlieferung heiligen Berges Mauna Kea auf der großen Insel Hawai'i halten unvermindert an. Während der Monate Juni, Juli und August versuchten die Baufirmen mehrmals, die seit der ersten Protestwelle im März ruhenden Bauarbeiten wiederaufzunehmen, doch wurde dies jedes mal von konzertierten Aktionen der Bergschützer verhindert. Die Polizei griff mehrmals ein und verhaftete einige der Aktivisten, doch wurde das Ziel, den Bau ungestört vorantreiben zu können, bisher nicht erreicht. Der Gouverneur des US-Bundesstaates Hawai'i, David Ige, sprach sich wiederholt für den Bau des Teleskops aus, zeigte allerdings auch ein gewisses Verständnis für die Position der Aktivisten und ordnete mehrmals Moratorien für den Bau an.

Indessen hat die „Bergschützer“-Bewegung auch auf die Nachbarinsel Maui übergreifen, wo auf dem ebenso heiligen Gipfel des 3.055 m hohen Haleakalā ebenfalls ein Teleskop im Bau ist. Im den Monaten Juli und August blockierten dort Bergschützer mehrmals die Zugangsstraße und brachten damit auch dort die Bauarbeiten zum Erliegen. Ende August gab es dort ebenfalls Zusammenstöße mit der Polizei und mehrere Festnahmen.

Die Protestbewegungen sind mittlerweile zu einem entscheidenden Kristallisationspunkt der hawaiischen Unabhängigkeitsbewegung geworden. Neben der spirituellen Bedeutung der Berggipfel, weswegen die Bauarbeiten als Entweihung verstanden werden, wird vermehrt auch auf die politisch-juristischen Aspekte des Konflikts verwiesen, nämlich, dass beide Gipfel auf Regierungsland des

hawaiischen Königreichs liegen, und US-Behörden als Organe einer illegitimen Besatzungsmacht gar kein Recht haben, dort Teleskope oder andere Anlagen zu errichten.

Neben den zeitweise mehreren hundert vor Ort aktiven Bergschützern sind inzwischen Tausende als Unterstützer der Protestaktionen aktiv, sowohl innerhalb als auch außerhalb von Hawai'i. Täglich gehen über soziale Netzwerke zahlreiche Berichte, Fotos und Videos der Aktionen um die Welt. Damit erhält die bislang weltweit eher marginalisierte hawaiische Unabhängigkeitsbewegung bislang unerreichte globale Aufmerksamkeit. Einige Beobachter sprachen gar vom Beginn eines „hawaiischen Frühlings,“ in Anlehnung an den ebenfalls von der Nutzung sozialer Netzwerke geprägten arabischen Frühling der Jahre 2011-2012.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Honolulu Star-Advertiser, Hawaii News Now, Hawaiian Kingdom blog, eigene Recherchen)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Einfuhrstopp für fidschianische Früchte

Neuseeland hat einen Einfuhrstopp für Auberginen, Mangos, Papaya und Brotfrucht aus Fidschi verhängt. Zuvor hatte eine neuseeländische Behörde eine Lieferung Auberginen wegen Unstimmigkeiten in Fidschi bei der Umsetzung von Maßnahmen aus einem Quarantäneabkommen zwischen den beiden Staaten zurückgeschickt. Sollte der Einfuhrstopp für längere Zeit bestehen, werden gravierende Einbußen insbesondere für fidschianische Farmer befürchtet, da Neuseeland ein Hauptabnehmer ihrer Produkte ist. Der stellvertretende fidschianische Premierminister Aiyaz Sayed-Khaiyum, der während einer Auslandsreise von Premierminister Banimarama die Amtsgeschäfte leitete, verurteilte

das Einfuhrverbot scharf. Er warf Neuseeland vor, dieses sei un gerechtfertigt und es sei unüblich, dass wegen Unstimmigkeiten bei einer Einzellieferung umgehend ein Einfuhrverbot für eine ganze Reihe von Lebensmittel verhängt werde. Sowohl die Regierung Fidschis als auch Neuseelands erklärten sich jedoch zu Gesprächen bereit, um den Vorfall zu klären. Wie Sayed-Khaiyum sagte, werde Fidschi nicht eher ruhen, bevor der Export nach Neuseeland wieder normalisiert worden sei. Inzwischen haben neuseeländische Experten Gespräche mit dem für die betroffene Lieferung verantwortlichen Unternehmen geführt. Regierungsvertreter beider Länder sind in Nadi und Wellington zusammengekommen, um über das Einfuhrverbot zu verhandeln. *(Artikel von Oliver Hasenkamp, Pazifik-Netzwerk, Berlin. Fiji Sun 8.8.2015, Radio New Zealand International 13.8.2015, 12.8.2015)*

Pazifische Saisonarbeiter für Fischindustrie

Der neuseeländische „Wirtschaftsbotschafter“ für den Pazifik, Shane Jones, hat der Regierung geraten, qualifizierte Saisonarbeiter aus Pazifikstaaten in der Fischindustrie einzusetzen und dazu die jährliche Quote von Saisonarbeitern zu erhöhen. Derzeit regelt das „Recognised Seasonal Employer“ Programm, wie viele Saisonarbeiter jährlich aus welchen pazifischen Ländern in Neuseeland für einen begrenzten Zeitraum arbeiten können. Bislang ist die Quote auf 9.000 Saisonarbeiter jährlich begrenzt. Jones sagte, er strebe eine Erhöhung dieser Quote an, vor allem angesichts des neuen, von Neuseeland finanzierten Ausbildungsprogramms für Arbeiter in der Fischindustrie von Kiribati. Nach erfolgreichem Abschluss ihrer Ausbildung in Kiribati seien diese Arbeiter bestens für einen Einsatz in der stetig wachsenden neuseeländischen Fischindustrie gewappnet, erklärte Jones. *(Radio NZ Intern. 20.08.15, <http://www.immigration.govt.nz/employers/employ/temp/rse/default.htm>)*

**WESTPAPUA
TIMOR-LESTE
ACEH**

Beobachterstatus bei MSG

Westpapua: Dem Antrag des *United Liberation Movement for West Papua* (ULMWP) auf vollwertige Mitgliedschaft bei dem melanesischen Staatenverbund *Melanesian Spearhead Group* wurde nicht entsprochen. Die Vertreter der MSG-Staaten einigten sich bei ihrem 20. Gipfeltreffen vom 24. bis zum 26. Juni in Honiara (Salomonen) darauf, Westpapua lediglich einen Status als „Beobachter“ einzuräumen. Außerdem schränkten sie die ULMWP dahingehend ein, dass die Vereinigung von Unabhängigkeitsaktivisten innerhalb der MSG nur die Papuas vertreten darf, die außerhalb der indonesischen Provinz Westpapua leben. Als Beobachter haben die Vertreter der Befreiungsbewegung Rede- und Abstimmungsrecht, dürfen jedoch weder abstimmen noch Beschlüsse zur Abstimmung vorlegen.

Indonesien, seit dem Jahr 2011 gemeinsam mit Timor-Leste ebenfalls Beobachter bei der MSG, erhielt den Status „assoziiertes Mitglied“.

Die Reaktionen auf die Zulassung der ULMWP als Beobachter waren gemischt. Einige Vertreter der ULMWP zeigten sich enttäuscht, andere äußerten sich zufrieden. Vertreter deutscher Nichtregierungsorganisationen bewerten positiv, dass indonesische und papuanische Vertreter künftig bei Sitzungen der MSG gemeinsam an einem Tisch sitzen werden.

Info: Zur MSG gehören die Staaten Fidschi, Papua-Neuguinea, die Salomonen, Vanuatu und die Partei FLNKS aus Neukaledonien. Die Gruppe wurde 1986 von dem anglikanischen Pastor Walter Lini aus Vanuatu gegründet. In den fünf melanesischen Staaten des Verbundes leben insgesamt

über 80 % der Gesamtbevölkerung von Ozeanien. (*Solomon Star* 26.06.15, *Flash d'Océanie* 28.06.15)

Appell der ICP

Brüssel: Als Mitglied in der *International Coalition for Papua* (ICP) führte das West Papua Netzwerk vom 3. bis zum 5. Mai eine internationale Tagung zu Westpapua in Brüssel mit durch. Dazu kamen Vertreter internationaler Organisationen, darunter auch der Vorstandsvorsitzende des Pazifik-Netzwerkes, Oliver Hasenkamp, auch im EU-Parlament zusammen. Die Koalition verabschiedete einen Appell, der hier in deutscher Übersetzung abgedruckt ist:

„Wir – Kirchenführer, Menschenrechtsverteidiger, Akademiker und internationale Beobachter – trafen uns im Mai 2015 in Brüssel zur Konsultation der Internationalen Koalition für Papua, um die Menschenrechtssituation in Papua zu diskutieren. Des Weiteren trafen wir uns am 5. Mai 2015 im Europäischen Parlament auf Einladung des Parlamentsmitglieds Frau Ana Gomes mit dem Chargé d’Affaires Indonesiens für die Europäische Union sowie indonesischen Diplomaten aus Brüssel und Jakarta, um die aktuelle Situation in Papua zu besprechen. Bei seinem Besuch in Papua im Dezember 2014 sagte Präsident Joko Widodo in der Öffentlichkeit, dass er sich verpflichten würde, auf die Stimmen der Papua zu hören. Die aktuelle Entwicklung in Papua zeigt eine andere Wirklichkeit.“

Wir sind besorgt über die neuesten Entwicklungen in Papua, bei denen indonesische Sicherheitskräfte vermehrt mit Gewalt gegen die indigene Bevölkerung vorgehen. Der Vorsitzende der Evangelischen Kirche in Papua (GKI-TP), Pfarrer Albert Yoku betonte, dass sich „die Situation in Papua in den letzten sechs Monaten seit Amtsbeginn Joko Widodos verschlechtert“ habe.

Am 1. Mai 2015 wurden 264 Papuas verhaftet, als sie an den 52. Jahrestags der administrativen Übergabe Papuas an Indonesien gedachten. Es gab Berichte über Folter der Demonstranten und mindestens zwei von ihnen sind noch immer inhaftiert. Vor zwei Jahren wurden am 1. Mai 2013 mindestens 30 Menschen wegen ähnlicher Aktivitäten verhaftet. Die besonders unterdrückerische Vorgehensweise bei der diesjährigen Verhaftungsaktion zeigt eine klare Einschränkung der Ausübung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Westpapua.

Die Papuas erleben eine demographische Verschiebung, bei der sie zu einer Minderheit in ihrem eigenen Land geworden sind. Diese Sorge wurde von einer Studie des „West Papua Projekts“ an der Universität Sydney bestätigt. In den 1970er Jahren machte die indigene Bevölkerung 70% der Gesamtbevölkerung Papuas aus. Heutzutage beträgt die Zahl der indigenen Papuas in Papua lediglich 42 % der Bevölkerung. Als Folge dieses demographischen Wandels ist das Zusammenleben der indigenen und der nicht-indigenen Bevölkerung Papuas geprägt durch Spannungen, Vorurteile, Diskriminierung und Gewalt.

Papuas erleben weiterhin, dass sie von der Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft und Menschenrechtsbeobachtern, Journalisten, Forschern und humanitären Organisationen isoliert werden.

Aufgrund dieser besorgniserregenden Erkenntnisse empfehlen wir folgendes:

Der indonesischen Regierung:

Die Unterbindung des unverhältnismäßig hohen Maßes an Gewalt durch die indonesischen Sicherheitskräfte und die Überprüfung der Sicherheitspolitik in Bezug auf Papua. Letzteres sollte in Kooperation mit der Zivilgesellschaft auf lokaler und nationaler Ebene geschehen.

Die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen. Die Gewährleistung, dass die Strafflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen einschließlich der Folter nicht weiter bestehen bleibt.

Im Kontext der demographischen Verschiebung die Rechte der indigenen Papuas, einschließlich ihres Rechtes auf Land und Zugang zu den natürlichen Ressourcen, durch konkrete Maßnahmen zu schützen sowie aktive Bemühungen zu unternehmen, um Konflikte aufgrund von ethnischen Differenzen zu verhindern. Die Realisierung der Selbstverpflichtung des Präsidenten zum neutral vermittelten Dialog mit den Papuas, z.B. durch Verhandlungen mit Friedensaktivisten Papuas.

Der europäischen Union:

Das Anmahnen der andauernden und häufiger werdenden Menschenrechtsverletzungen in Papua im Menschenrechtsdialog zwischen der EU und Indonesien durch die Einbeziehung von und Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft einschließlich Gruppen aus Papua.

In naher Zukunft einen Informationsbesuch zum Thema Menschenrechte nach Papua zu unternehmen.

Die indonesische Regierung dazu aufzurufen, die Einschränkungen beim praktischen Zugang nach Papua aufzuheben.“

(Appell der ICP, www.west-papua-netz.de)

Rebellenführer im Schusswechsel mit Polizei und Militär erschossen

Timor-Leste: Der Anführer der illegalisierten Veteranenorganisation *Konsellu Revolusaun Maubere* (KRM) wurde am 8. August 2015 von staatlichen Sicherheitskräften im Gefecht erschossen. In einer Presseerklärung der timoresischen Regierung heißt es, dass der Tod Mauk Moruks bedauert werde und eine gewaltsame Konfrontation zwischen der KRM und Polizei und Militär in der gemein-

samen Operation leider nicht zu verhindern war.

Mauk Moruk war ein langjähriger Kritiker der osttimoresischen Regierung und des ehemaligen Premierministers Xanana Gusmão und hatte öffentlich seinen Rücktritt sowie die Auflösung der Regierung und des Parlaments gefordert. Mauk Moruk, mit bürgerlichem Namen Paulino Gama, war aktiver Kämpfer im Unabhängigkeitskampf gegen Indonesien und Kommandeur der *Forças Armadas de Libertação Nacional de Timor Leste* (FALINTIL), dem militärischen Arm des osttimoresischen Widerstands. Bereits in den 1980er Jahren kam es zu Unstimmigkeiten zwischen ihm und dem damaligen Führer der FALINTIL, Xanana Gusmão, was eine Abspaltung von Mauk Moruks Anhängern zur Folge hatte. Nach vielen Jahren im Exil in Holland kehrte Mauk Moruk im Oktober 2013 nach Timor-Leste zurück und gründete die dissidente KRM. Er stellte die Legitimität der timoresischen Regierung infrage und konnte schnell eine relativ große Anhängerschaft, vor allem unter Veteranen, mobilisieren. Eine allgemeine Unzufriedenheit und enttäuschte Erwartungen über nicht erreichte Ziele nach der Unabhängigkeit spielten Mauk Moruk dabei in die Hände. Der damalige Premierminister, der generell empfindlich auf Kritik reagierte, ließ die Gruppe KRM im Jahr 2014 illegalisieren, da ihre Mitglieder echte Militäruniformen trugen. Die KRM operierte weiterhin im Untergrund und machte Anfang des Jahres 2015 Schlagzeilen, als es in Laga im Distrikt Baukau zu einer Auseinandersetzung zwischen der lokalen Polizei und der KRM kam. Mitglieder der KRM nahmen zwei Polizisten als Geiseln und verletzten zwei weitere Polizisten. Gusmão reiste eigens im Konvoi aus der Hauptstadt Dili an, um Mauk Moruk dazu zu bringen, die Geiseln freizulassen, was ihm auch gelang. Seitdem hielt sich Mauk Moruk im Wald mit seinen Kameraden versteckt, bis es im August während

des Schusswechsels zwischen Militär und Polizei und der KRM zu mehreren Verwundeten und zwei Toten kam, darunter Mauk Moruk. Die Zeit des Bekanntwerdens über den Vorfall und der darauffolgenden Beerdigung führte zu einer angespannten Lage im Land.

Kritische Beobachter äußerten, dass es sich um einen von oberster Instanz initiierten Mordkomplott handele, der Parallelen zu den ungeklärten Umständen, unter denen der Rebell Alfredo Reinado 2008 erschossen wurde, aufweist. (Artikel von Janina Pawelz, Vorsitzende der Deutschen Osttimor Gesellschaft e.V.)

Zehn Jahre Frieden in Aceh

Aceh: Am 15. August wurde der Frieden in Aceh zehn Jahre alt. Die indonesische Regierung spricht von einem Erfolg. Internationale Beobachter und Vertreter von Organisationen sind ange-reist, um den Jahrestag zu feiern. Doch ist es tatsächlich schon an der Zeit, zu feiern? Die schweren Menschenrechtsverletzungen, die während des drei Jahrzehnte währenden Konflikts begangen wurden, sind bis heute nicht aufgearbeitet. Bis zu 30.000 Menschen starben in dieser Zeit einen gewaltsamen Tod.

Vor gut 10 Jahren geriet Aceh in die Schlagzeilen der internationalen Medien. Der Tsunami im Dezember 2004 kostete alleine in dieser indonesischen Provinz mindestens 160.000 Menschen das Leben. Viele weitere werden bis heute noch vermisst. Acht Monate nach dem Tsunami erhielt Aceh erneut große internationale Aufmerksamkeit, als das Friedensabkommen zwischen der indonesischen Regierung und der Befreiungsbewegung GAM in Helsinki unterzeichnet wurde. Die EU unterstützte dieses Abkommen. Eine erste EU-Friedensmission namens *Aceh Monitoring Mission* (AMM) wurde nach Aceh geschickt, um die Umsetzung des Abkommens und

dabei insbesondere die so genannte *DDR* (Demobilisation, Disarmament and Reintegration) zu unterstützen. Aufgrund dieser planmäßig erfolgten Demilitarisierung werten viele Beobachter die AMM als eine erfolgreiche Mission. Dennoch blieb das Ergebnis hinter den Erwartungen der Zivilgesellschaften zurück, denn in den Bereichen Friedensarbeit und Monitoring konnte die Mission ihren Auftrag nur ansatzweise erfüllen.

Der breiten Öffentlichkeit im Westen wurde Aceh durch die Tsunamikatastrophe bekannt. Die Städte und Dörfer der Küstenregion sowie große Teile der öffentlichen Infrastruktur wurden von der Flutwelle massiv zerstört. Weniger bekannt ist jedoch der Krieg, den die indonesische Regierung seit der Ausrufung der Bewegung „Unabhängiges Aceh“ (Gerakan Aceh Merdeka/GAM) 1976 in dieser Region führte. Dieser Krieg wurde im Laufe der Jahre intensiviert, die Region Aceh von der indonesischen Regierung schließlich sogar zum Militäroperationsgebiet gemacht. Vom 1989 bis 1998 wurden verschiedene Militäroperationen zur Bekämpfung der GAM durchgeführt. Mord, Verfolgung, willkürliche Festnahmen, Folter, Verschwindenlassen, Vergewaltigungen und weitere Menschenrechtsverletzungen bestimmten jahrelang den Alltag in Aceh, ganze Dörfer wurden niedergebrannt. Als Suharto 1998 in Jakarta seinen Rücktritt erklärte und die neue Regierung die Macht übernahm, hörten die Gewalttaten in Aceh nicht auf. Am 19. Mai 2003 rief die damalige Präsidentin Megawati Sukarnoputri in Aceh sogar den militärischen Notstand aus. Parallel dazu wurden erneut militärische Operationen durchgeführt. Das Kommando führte der damalige Stabschef des indonesischen Heeres, General Ryamizard Ryacudu - der heutige Verteidigungsminister. Er ordnete eine Erhöhung der Truppenkontingente an, was zur Folge hatte, dass Aceh sehr stark militarisiert wur-

de. In der Zeit, in der die Regierung in Aceh Krieg gegen die GAM führte, war die Region für Journalisten und internationale Organisationen nur sehr eingeschränkt zugänglich. Was die indonesischen Bürger über Aceh zu hören bekamen, war die Geschichte über den Kampf des Militärs gegen eine Rebellion in Aceh. Über die schweren Menschenrechtsverletzungen wurde in den öffentlich zugänglichen Medien hingegen nur sehr wenig berichtet.

Die Tsunamikatastrophe im Jahr 2004 wird als ein Katalysator für die Friedensverhandlungen angesehen. Zwar gab es schon vorher Versuche für Friedensgespräche, die jedoch allesamt scheiterten, so z.B. der vom *Henri Dunant Centre* vermittelte Dialog.

Am 15. August 2005 wurde in Helsinki das Friedensabkommen unterzeichnet. Neben der größeren Autonomie, die der neuen Regierung in Aceh eingeräumt werden sollte, wurden im Vertrag die Etablierung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission sowie eines Menschenrechtsgeschichtshofs in Aceh festgehalten. Beide Forderungen wurden später noch einmal im Gesetz zur Regierung Acehs (UU Pemerintahan Aceh No. 11/2006, Artikel 228 und 229) aufgenommen. Doch weder die semi-autonome Regierung der Provinz Aceh, noch die Zentralregierung in Jakarta haben seither ernsthafte Bemühungen erkennen lassen, diesen Worten auch Taten folgen zu lassen. Ebenso wenig wie die viel gepriesene EU-Friedensmission AMM griffen sie das Thema Menschenrechte auf. Bis heute liegen die Themen Wahrheitsfindung und Versöhnung auf Eis.

2013 leitete die nationale Menschenrechtskommission *Komnas HAM* eine Untersuchung über die Menschenrechtsverletzungen während der Militäroperation von 1989-1998 ein. Der Bericht zeigt, wie organisiert Verfolgungen und Folter stattfanden. Um die Mili-

täroperation effektiver durchführen zu können, etablierte die indonesische Armee Sicherheitsposten bis hinunter zur kommunalen Ebene. Als Beispiel für Folterzentren auf lokaler Ebene nennt *Komnas HAM* den Fall des Rumoh Geudong in Pidie. Es handelte sich dabei um ein traditionelles Haus, wie es in jedem Dorf zu finden ist. Viele Leute, sowohl Männer als auch Frauen, die angeblich eine Verbindung zur GAM hatten, wurden in diese Häuser gebracht. Dort wurden sie eingesperrt, verhört, gefoltert, vergewaltigt und getötet.

Der Bericht von *Komnas HAM* stellte fest, dass das indonesische Militär im Zuge der Militäroperationen schwere Menschenrechtsverletzung beging, die man als Verbrechen gegen die Menschlichkeit (crimes against humanity) klassifizieren muss. Von diesem Untersuchungsergebnis erhoffte man sich, dass die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen in Aceh noch einmal Auftrieb erhalten würde. Das ist bis heute leider nicht der Fall. Die Hoffnungen von tausenden von Opfern wurden wieder zerschlagen.

Ein Jahrzehnt Frieden wird gefeiert. Aber was ist Frieden ohne Gerechtigkeit? (Artikel von Basilisa Dengen, Mitarbeiterin bei Watch Indonesia!, Berlin, 16.08.15)

AUSTRALIEN

Unterschriften gegen Asylpolitik

Die Partei „Die Grünen“ hat dem australischen Senat Mitte Juni eine Liste mit 65.000 Unterschriften übergeben. Es handelte sich um eine Petition zur Schließung der australischen Flüchtlingscamps auf den pazifischen Inseln Nauru und Manus (Papua-Neuguinea). Die Grünen fordern die sofortige Schließung beider Camps.

Beobachter der internationalen Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* sowie Mitarbeiter des Antifolter-Komitees der Vereinten Nationen hatten die Zustände in den Camps als „*grausam und menschenverachtend*“ beschrieben. Australische Krankenschwestern hatten nach ihrer Rückkehr aus dem Einsatz in den Lagern von unhaltbaren Zuständen gesprochen. Selbst Kinder seien vom Wachpersonal und anderen inhaftierten Flüchtlingen missbraucht und gefoltert worden. (*Radio NZ Intern 16.06.15*)

Botschafterin überraschend abgezogen

Die australische Botschafterin für Papua-Neuguinea, Deborah Stokes, ist Ende Juli überraschend zurückgetreten und ausgereist. Die Amtsgeschäfte übernahm kommissarisch Frau Bronte Moules, eine Diplomatin, die zuletzt an der australischen Botschaft in Myanmar tätig war.

Stokes war seit März 2013 in Port Moresby. Eine offizielle Begründung für ihren überraschenden Rücktritt acht Monate vor dem Ende ihrer offiziellen Amtszeit gab das australische Außenministerium nicht bekannt. Gerüchten zufolge war es jedoch zu neuguineisch-australischen Spannungen gekommen, nachdem die australische Außenministerin Julie Bis-

hop angekündigt hatte, in naher Zukunft eine australische Botschaft in der Autonomen Republik Bougainville eröffnen zu wollen. Dieses Ansinnen hatte den neuguineischen Premierminister Peter O'Neill verärgert. (*Radio Australia 23.07.15, PNG Attitude 22.07.15*)

Unterstützung für Korallendreieck

Die australische Regierung wird mit 1,9 Millionen AUS-Dollar die Bemühungen Papua-Neuguineas zum Schutz des so genannten Korallendreiecks unterstützen. Papua-Neuguinea hat die Kampagne „*Coral Triangle Initiative on Coral Reefs, Fisheries and Food Security*“ gestartet. Angesichts der Folgen des Klimawandels kommt den geschützten Meeressgewässern von PNG eine besondere Bedeutung bei der Ernährungssicherung der Einwohner zu. Der neuguineische Umweltminister John Pundari und sein australischer Amtskollege Greg Hunt einigten sich bei einem Treffen in Port Moresby darauf, die zusätzlichen australischen Fördergelder für Projekte in der Gulf-Provinz von Papua-Neuguinea einzusetzen.

Info: Das so genannte *Korallendreieck* liegt im westlichen Pazifik und umfasst die Gewässer von Papua-Neuguinea, den Philippinen, Indonesien, Malaysia, Timor-Leste und die westlichen Salomonen. Dieses Gebiet wurde im Jahr 2000 als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Über 120 Millionen Menschen in diesem Gebiet sind abhängig von den Ressourcen des Meeres. Im Schutzgebiet leben sechs der sieben Arten von großen Meeresschildkröten sowie über 2.000 verschiedene Riffische. Benannt wurde das Gebiet wegen seiner mehr als 600 verschiedenen Korallen, deren Vielfalt einzigartig für den gesamten asiatisch-pazifischen Raum ist.

(<http://www.worldwildlife.org/places/coral-triangle>, *Post-Courier 20.08.15*)

SPORT

† Jerry Collins

Der samoanische Rugbyspieler Jerry Collins ist am 5. Juni bei einem Autounfall auf der Autobahn bei Béziers (Südfrankreich) tödlich verunglückt. Mit dem 34-Jährigen starb seine kanadische Ehefrau Alana Madill (35), die er erst im vergangenen Jahr geheiratet hatte. Die drei Monate alte Tochter Alya überlebte den Unfall schwerverletzt.

Der am 4. November 1980 in Apia geborene Sportler war im Alter von zwei Jahren mit seiner Familie nach Neuseeland ausgewandert. 1999 gewann er mit der neuseeländischen U-19 Nationalmannschaft die Juniorenweltmeisterschaft. 2001 gab er sein Debüt bei der neuseeländischen Nationalmannschaft „*All Blacks*“. Ab 2006 war Collins bei einigen Spielen der *All Blacks* Spielführer. Insgesamt bestritt er 48 Länderspiele für die *All Blacks*. 2008 wechselte Collins nach Frankreich zum Aufsteiger RC Toulon, der von seinem ehemaligen Nationalmannschaftskollegen und Cousin Tana Umaga trainiert wurde. Nach der Saison 2008/09 wechselte er nach Wales zu den *Ospreys*. Ab 2013 spielte er zwei Jahre lang in Japan für *Yamaha Júbilo*, bevor er im Januar 2015 zum RC Narbonne in die zweite französische Liga wechselte. Hier spielte er bis zu seinem Tod als Flügelspieler.

Collins war für seine physische Spielweise bekannt und galt auf seiner Position als einer der besten Spieler der Welt. (*Samoa Observer 07.06.15, Wikipedia, soziale Netzwerke online*)

Höchste Niederlage im Fußball

FSM: Die U23-Fußballnationalmannschaft der Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM) hat die Qualifikation für das Olympische Fußballturnier 2016 in Rio de Janeiro verpasst. Sie verlor alle drei Qualifikationsspiele haushoch gegen die pazifischen Nachbarn. Gegen Fidschi kassierte sie 38 Tore, gegen Tahiti 30 und bei ihrem letzten Spiel gegen Vanuatu in Port Moresby (Papua-Neuguinea) sogar 46 Tore, jeweils bei keinem Gegentor. Trotz der hohen Niederlagen nahm der australische Nationaltrainer Stan Foster seine Spieler in Schutz. Viele hätten zum ersten Mal auf einem großen Platz gespielt. Auch seien viele Spieler zum ersten Mal Rolltreppe und Aufzug gefahren. Diese Erfahrungen im Ausland bei der Anreise zu den Spielorten haben die Spieler eingeschüchtert, so der Trainer.

Die Schlappe gegen Vanuatu ist die höchste Länderspiel-Niederlage aller Zeiten, jedoch kein Weltrekord, da bei der Olympia-Qualifikation nur U23-Mannschaften mitspielten. Den Weltrekord mit der höchsten Niederlage hält Amerikanisch-Samoa, das während der Qualifikation für die Weltmeisterschaft 2012 an Australien mit 0:31 scheiterte.

Vanuatu hat übrigens aufgrund der großen Tordifferenz noch eine Chance auf die zweite Qualifikationsrunde. Mikronesien hofft derzeit auf die Aufnahme als offizielles Mitglied des Fußballweltverbandes FIFA.

(http://www.kicker.de/news/fussball/intelligen/tartseite/630414/artikel_nach-0_46---mikronesiens-trainer-nimmt-spieler-in-schutz.html)

Fidschi qualifiziert sich für Olympia

Papua-Neuguinea: Die U20-Nationalmannschaft Fidschis hat sich Mitte Juli mit einem 4:3 Sieg durch Elfmeterschießen gegen Vanuatu für die Teilnahme an den Olympischen Spielen 2016 im brasilianischen Rio de Janeiro qualifiziert. Im Sir Hubert Murray Stadion in Neuguineas Hauptstadt Port Moresby konnte Fidschi erst nach der Verlängerung im Elfmeterschießen die entscheidenden Tore machen. (*Kicker 12.07.15*)

Neuer Golfplatz und Luxus-Hotel

Neukaledonien: Auf dem neuen 18-Loch-Golfplatz in Bourail auf der Insel *Grande Terre* findet im April 2016 erstmals in Ozeanien die Weltmeisterschaft der Amateurgolfer statt. An dem „Amateur Golf World Cup“ nehmen 12 Länder über 54 Loch teil. Mitmachen dürfen alle Hobbygolfer, die über ein Handicap verfügen. Gespielt werden drei Runden, die Teilnehmer müssen sich davor in der jeweiligen nationalen Ausscheidung bewähren - in mehr als 300 Turnieren weltweit mit mehr als 24.000 Spielern.

Spielen werden die Amateurgolfer auf dem neuen Golfplatz des amerikanischen Stararchitekten Pete Dye, der hier sein erstes Projekt im Pazifik verwirklichte. Angeschlossen an den Golfplatz ist das Luxus-Hotel Sheraton Deva New Caledonia Resort Golf & Spa. Das Hotel liegt an einem 13 Kilometer langen Sandstrand und verfügt über eine 900 Quadratmeter große Poolanlage. Mit seinen 180 Zimmern, Suiten und Bungalows ist das Sheraton eines der größten und luxuriösesten Hotels im pazifischen Raum. (*Pressemitteilung Tourismusbüro Neukaledonien 12.06.15*)

„TOK BILONG PASIFIK“

Rückgabe von Schädeln

Schweden: Die schwedische Regierung hat zehn menschliche Schädel an die polynesischen Organisation *Te Tupuna Te Tura* zurückgegeben. Die Schädel waren 1884 von dem schwedischen Archäologen Hjalmar Stolpe aus Französisch-Polynesien mitgebracht worden. Sie wurden an den Universitäten in Stockholm und Uppsala aufbewahrt und nun in einer feierlichen Zeremonie an die Delegation aus Französisch-Polynesien zurückgegeben. Die Schädel sollen auf den Marquesas-Inseln beigesetzt werden. (*Radio NZ Intern. 09.06.15*)

Tee zertifiziert

Fidschi: Die fidschianische Nichtregierungsorganisation *FRIEND* (Foundation for Rural Integrated Enterprise and Development) hat es mit finanzieller und logistischer Unterstützung der Europäischen Union geschafft, Zitronengras-Tee als Bio-Produkt zu zertifizieren. Damit darf der biologisch angebaute Tee in EU-Staaten exportiert werden.

Nach Angaben von Sashi Kiran, Direktorin von *FRIEND*, haben sich auf den Inseln Vanua Levu und Viti 50 Bauern zusammenschlossen, um den Zitronengras-Tee ökologisch anzubauen und zu ernten. Die Bauern wurden im Rahmen einer Initiative des fidschianischen Landwirtschaftsministeriums ermutigt, sich im ökologischen Anbau zu engagieren. Fidschi sieht seine Agrar-Zukunft in der Rückkehr zur biologischen Landwirtschaft. (*Radio NZ Intern. 22.06.15*)

Workshop für Kinderbücher

Guam: Zur Vorbereitung auf das zwölfte pan-pazifische Kunst- und Kulturfestival *Festival of Pacific Arts* vom 22. Mai bis zum 4. Juni 2016 hat das Touristeninformationbüro von Guam (Guam Visitors Bureau) zu fünftägigen Kreativ-Schreibwerkstätten eingeladen. Im Rahmen der Kampagne „Connect me, Create me, Promote me“ waren die Einwohner der Hauptstadt Hagatna eingeladen, Geschichten für Kinder in der Chamorro-Sprache zu verfassen. Rund 25 Menschen folgten der Einladung in die *CAHA Gallery* in der Hauptstadt, um traditionelle Märchen, Mythen und Legenden der indigenen Chamorro zu Papier zu bringen. Die Geschichten sollen von professionellen Illustratoren bebildert werden und anschließend in Buchform veröffentlicht werden. Die Bücher sind Bestandteil des Beitrages von Guam zum pazifischen Festival. Bei diesem alle vier Jahre stattfindenden Festival werden im nächsten Jahr Bewohner von 27 Pazifikstaaten ihre kulturellen Traditionen in Gesang, Tanz, Musik und Kunst vorstellen. (*Pacific Daily News 06.08.15*)

Weltkriegsausstellung in Apia

Samoa: Eine vom neuseeländischen *Auckland War Memorial Museum* konzipierte Ausstellung zur Geschichte des Ersten Weltkriegs in Samoa und Neuseeland ist nun als Dauerleihgabe im *National Museum of Samoa* in Malifa (bei Apia) zu sehen. Die im Auckland Museum mit fachlicher Unterstützung durch den samoanischen Historiker Professor Damon Salesa von der *University of Auckland* entwickelte Ausstellung trägt den Titel „Entangled Islands-Samoa, New Zealand and the First World War“. Sie zeigt die Besetzung des damaligen Deutsch-Samoas durch neuseeländische Streitkräfte im Ersten Weltkrieg.

Die neue Dauerausstellung wurde Anfang August im Rahmen der *New Zealand-Samoa Friendship Week* eröffnet. Bei der Vernissage vereinbarten die Direktoren beider Museen eine weitere museale Zusammenarbeit auch bei anderen Ausstellungsthemen. (*Samoa Observer 04.08.15*)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ELC-PNG

Jugend-Konferenz

Über 1.000 junge Leute trafen sich zu einer einwöchigen Jugend-Konferenz im Dekanat Lae. Sie waren aus 14 Dekanaten aus dem ganzen Land angereist, um das 40-jährige Jubiläum der Jugendarbeit im Yabem-Distrikt zu feiern. (*National 13.07.15*)

RÖM.-KATH. KIRCHE

Viel Lob für die Kirche

Minister Leo Dion und Gouverneur Powes Pakop waren voll des Lobes für die röm.-kath. Kirche und insbesondere die *Caritas Technical Secondary School* in Port Moresby. Anlässlich der Eröffnung eines Erweiterungsbaus für 10 Millionen Kina (ca. 3,4 Mio. Euro) hoben sie die Verdienste der Kirche und der Caritas für die Entwicklung des Landes und insbesondere die hohe Qualität kirchlicher Schulen hervor. „*Stellen Sie sich vor, es gäbe keine kirchlichen Schulen: viele unserer Kinder wären nie in eine Schule gegangen und würden ziel- und orientierungslos auf unseren Straßen herumhängen*“, sagte Pakop. (*National 15. und 19.06.15*)

Bildungskonferenz

Knapp 40 Verantwortliche aus dem Bildungssektor aus 19 Diözesen nahmen Mitte Juni an deren jährlicher Konferenz in Port Moresby teil. Schwester Mary McCarthy, eine engagierte Teilnehmerin, unterstrich, wie hilfreich die Konferenz gewesen sei, die sich u.a. mit dem Thema „Werte und Tugenden“ befasste. „*Werte sind Glaubenseinstellungen, die den Verstand ansprechen. Tugenden sind Herzensangelegenheiten, die einen starken Charakter formen*“, betonte sie. Beides habe PNG derzeit nötiger denn je. (*National 25.06.15*)

Gewalt an Schulen muss ein Ende haben

Die Katholische Bischofskonferenz will verstärkt gegen Gewalt und okkulte Praktiken an Schulen vorgehen, indem in verschiedenen Unterrichtsfächern verstärkt Wert auf die Vermittlung christlicher Tugenden gelegt werden soll. Die zunehmende Gewalt an Schulen spiegle aber nur die Gesamtentwicklung und den moralischen Verfall in der Gesellschaft wider, betonte Fr. Victor Roche, Generalsekretär der Bischofskonferenz. In erster Linie sei es Aufgabe der Eltern, ein solides Wertefundament in ihren Kindern anzulegen und christliche Werte und Tugenden in den Familien vorzuleben. (*National 29.05.15*)

Missionar angegriffen

Ein polnischer Missionar, Fr. Peter Wasko, wurde Anfang Mai im East Sepik angegriffen und angeschossen, als er verschiedene Gemeinden entlang des Karawari-Flusses besuchte. Aus einem Abstand von etwa drei Metern schoss ein maskierter Mann auf ihn mit einer Schrotflinte. Wasko wurde per Helikopter ins Krankenhaus nach Madang geflogen, wo 156 Schrotkugeln operativ entfernt wurden. Mittlerweile befindet er sich auf dem Weg der

Besserung. (National 26.05.15)

Kirche hilft Gefangenen

Die kath. Kirche im West-Sepik unterstützt ein Rehabilitationsprogramm im Doyo-Gefängnis in Westpapua/Indonesien. Ziel ist es, die Gefangenen auf die Zeit nach ihrer Entlassung vorzubereiten, damit sie sich friedlich und produktiv in die Gesellschaft integrieren können. Die meisten von ihnen sind Drogenschmuggler oder politische Gefangene. (National 22.05.15)

Kirche unterstützt Sport

Die Katholische Bischofskonferenz begrüßt und unterstützt die „Pazifischen Spiele“, weil Sport ganz wesentlich dazu beiträgt, persönliche Potentiale zu fördern und Menschen miteinander zu verbinden. *„Sport trägt wesentlich zum physischen und psychischen Wohlbefinden der Menschen bei. ... Wenn Jugendliche sich im Sport engagieren, kanalisieren sie ihre Energie in Teamgeist und sie sind weniger anfällig für asoziale Aktivitäten wie Gewalt und Kriminalität“*, betonte Arnold Orwae, Präsident der Kath. Bischofskonferenz von PNG und den Solomon Islands. (National 29.06.15)

AUS DER ÖKUMENE

United Church Pfarrkonferenz

Etwa 140 Pfarrer und ihre Ehefrauen aus ganz PNG trafen sich zu einer einwöchigen Konferenz Mitte Juni in Lae, die unter dem Thema „Entwicklung und Stärkung von Führungskräften in Gottes Mission“ stand. Für viele Pfarrer ist dies das einzige Treffen, bei dem sie sich über ihre Erfahrungen austauschen können und neue Impulse für ihren Dienst erhalten. (National 10.06.15)

Gemeindegruppe unterstützt Mädchenschule

10.000 Kina (ca. 3.400 Euro) hat eine Gemeindegruppe der Methodistischen Kirche gesammelt, um eine Mädchenschule der Caritas in Port Moresby zu unterstützen. In der Schule erhalten etwa 950 Mädchen, die die reguläre Schule meist nach der 8. Klasse abgebrochen haben, eine zweite Chance, einen ordentlichen Schulabschluss zu erlangen. (National 11.06.15)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Samoa begrüßt tongaischen Kardinal Mafi

Samoa: Seine Eminenz, der tongaische Kardinal Soane Patita Mafi, wurde zu einem offiziellen Besuch in Leauva'a (Samoa) mit allen Ehren willkommen geheißen. Neben den höchsten Vertretern der röm.-kath. Kirche waren auch seine Hoheit Tui Atua Tupua Tamasese Efi mit seiner Gattin sowie hochrangige Vertreter aus Politik und Gesellschaft anwesend. Es wurde gemeinsam eine traditionelle Kava-Zeremonie gefeiert. *„Sie dient dazu, die Götter wohlgesonnen zu stimmen, Gottes Gegenwart mit Dank wahrzunehmen, Gäste willkommen zu heißen und spezielle Tage wie heute zu ehren“*, sagte Generalvikar Monsignore Etuale Etuale. (Pacific Islands Report 09.06.15)

Rev. Francis Hezel zurück

Guam: Wie die Erzdiözese Agaña bekannt gab, wird Pater Francis Hezel neuer Parochial Vikar der Santa Barbara Gemeinde in Dededo. Hezel wirkt bereits seit 1963 in Mikronesien als Priester, Lehrer, Verwalter und regionaler Leiter der Jesuiten. Er interessiert sich für die mikronesische Geschichte und ist Experte in kulturellen Fragen der Region. Zahlreiche Artikel und Bücher tragen seinen Namen. (Pacific Islands Report 16.06.15)

Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung
und Redaktion:** Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für
die Partnerkirchen im Pazifik**
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1
Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News
• BBC News • Contemporary
Pacific • Islands Business • Flash
d'Océanie • National • Oceania
Flash • Pacific Beat • Pacific Islands
Report • Papua New Guinea
Mine Watch • Post-Courier • Radio
Australia • Radio New Zealand •
Tahitipresse • Wantok • Westpa-
pua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE

und

**Mission
EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de